

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi, liebe Leserinnen und Leser

Die Siegesfeiern der deutschen Fußballnationalmannschaft auf der Fan-Meile in Berlin vor 400 000 Anhängern sind vorbei. Die Szene ist noch gut erinnerlich, in dem die deutschen Spieler die unterlegene Mannschaft aus Argentinien als strauchelnde, gebeugte Gauchos karikierte. Die Helden – „unsere Jungs“, so sagen es Insider - hatte diese diffamierende Szene in ihrer Unterkunft einstudiert. Das Volk jubelte und klatschte Beifall. Werden da nicht Assoziationen an längst vergangene Zeiten wach?

Nun hat uns der Alltag wieder, die Normalität ist zurück. Aber, so bleibt zu fragen, wie sieht diese Normalität aus? Was zeigt sich nach den Nebelkerzen der medialen Inszenierung von König Fußball, von Frau Merkel und Herrn Gauck vor Ort bejubelt und gesegnet: Was bringt die Sonne in der bundesrepublikanischen und globalen Welt an den Tag? Wie stellt sich die Wirklichkeit nach diesem Ereignis von Brot und Spielen dar?

- Da fordert der Bundespräsident eine stärkere Verantwortung Deutschlands in der Welt, und er meint damit ein größeres militärisches Engagement in den sogenannten Krisengebieten der Welt.
- Die Verteidigungsministerin, Frau von der Leyen, plädiert offensiv für die Anschaffung und den Einsatz von Drohnen zur „sauberen Kriegsführung.“ Sie will die Bundeswehr familienfreundlicher gestalten, damit die Eltern besser für die Auslandseinsätze gerüstet sind und optimal in den Krieg ziehen können.
- Da stehen alte Denkmuster wieder auf, die an die Zeit des Kalten Krieges erinnern, in dem Politiker den russischen Präsidenten Putin als den Feind und Verursacher des Krieges in der Ukraine ausmachen; sie fordern lauthals Konsequenzen, Sanktionen. Sie vergessen aber, dass bei den Deutschlandvertragsverhandlungen eine Erweiterung der NATO in Richtung Osten ausgeschlossen wurde, und wer ist denn heute von den ehemaligen Ostblockstaaten in der NATO?
- Da ist Krieg in Syrien und kein Ende in Sicht. Bei uns wird über die Aufnahme einiger Tausend Flüchtlinge diskutiert, dabei sind ca. 9 Millionen Syrer auf der Flucht. Syrer, die bei uns über ein südeuropäisches Land gekommen sind, werden dorthin zurück geschickt.
- Im Irak haben sich islamische Kräfte (Dschihadisten) gesammelt, die ein Kalifat errichten wollen, der Irak scheint sich als Staat aufzulösen.

- Im Nahen Osten ist ein neuer Krieg zwischen den Palästinensern und Israel in voller Härte entbrannt und hat bisher schon mehrere hundert Opfern das Leben gekostet. Und ein Frieden ist nicht in Sicht.
- Im Mittelmeer ertrinken tausende Afrikaner, die einen langen Weg aus Mittelfrika genommen haben, um die eigene und die familiäre Existenz zu sichern. Und die Festung Europa wird durch Frontex mit militärischen Mittel gesichert, humanitäre Regelungen sind für die politischen Akteure kaum im Blick.
- Da entschließen sich Eltern in mittelamerikanischen Staaten ihre minderjährigen Kinder auf die Reise in die USA zu bringen, damit sie nicht von marodierenden Banden erschossen werden; die Zukunft dieser Kinder ist völlig ungewiss.

Das sind nur einige Blitzlichter, Impressionen, die sich uns präsentieren. Sie manifestieren, dass es nur militärische Optionen für die Verwerfungen und Krisen in der Welt des globalen, entfesselten Kapitalismus gibt. Und die Militarisierung unserer Gesellschaft und des gesamten Globus schreitet mit einer rasanten Geschwindigkeit voran. Und wir müssen uns fragen: Gibt es ein Entrinnen aus der lokalen und globalen Bedrohung? Gibt es hoffnungsvolle Optionen für uns Christenmenschen? Könnten uns die jüdisch – christlichen Erinnerungstraditionen aus diesem Dilemma helfen? Hat unser Gott „die Schreie seines Volkes gehört?“ Können wir uns ihm in dieser Situation anvertrauen?

Das sind mehr Fragen als Antworten, getreu den Erkenntnissen der Frankfurter Schule, der Kritischen Theorie, die ihm wesentlichen von jüdischen Philosophen, Soziologen, Psychologen und Anthroposophen etabliert wurde:

„Fragen sind wichtiger als Antworten!“

Das diesjährige Herbsttreffen unseres Verbandes will sich vom 19.9. bis 21.9. 2014 in Trier mit diesen Fragen auseinandersetzen und nimmt das Rundschreiben Evangelii Gaudium von Papst Franziskus in den Fokus. Vielleicht finden wir hier einige Antworten auf diese brennenden Fragen.

Wir freuen uns, wenn Sie/ Du sich auf diese Veranstaltung einlassen kannst und mit uns arbeiten kannst und wirst.

Unser Wirtschaftsseminar wird im Januar 2015 wiederum die neoliberale Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, in den Blick nehmen: Ein Mitarbeiter der kritischen Hefte von „EXIT“ wird unser Blick für die vielfältigen Implikationen dieses Wirtschaften schärfen, eine Wirtschaft, die nach Papst Franziskus „tötet.“

Die Apostel haben nach dem Weggang ihres Meisters Jesus sich in Jerusalem versammelt, sich gegenseitig ermutigt und miteinander gebetet, und nur so konnten sie die existentiellen Bedrohungen der damaligen Zeit ertragen. Folgen wir ihnen also und vertrauen darauf, dass wir diesen katastrophalen Szenarien ins Gesicht schauen, unsere Ängste verbalisieren, Verständnis erwarten und Solidarität erfahren werden.

Vielleicht kann uns der vor 70 Jahren ermordete Theologe Bonhoeffer mit seinem Gebet ermutigen, das er am Vorabend seiner Hinrichtung uns hinterlassen hat:

Von guten Mächten wunderbar geborgen,
Erwarten wir getrost, was kommen mag,
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
Und ganz gewiss an jedem neuen Tag.

Dir/ Ihnen eine erholsame, angenehme Sommer- und Erholungszeit mit herzlichen, friedliebenden Grüßen

Egbert Wisser

Hinweise

Unser ehemaliger Geschäftsführer Franz Joseph Hassemer ist 80 Jahre geworden. Am 11. Juni konnte Franz seinen runden Geburtstag feiern, zu dem wir von der Bistumsstelle Trier ganz herzlich gratulieren und ihm wünschen, dass er noch manches Jahr rüstig und zufrieden erlebt. Neben der Geschäftsführung hat er auch viele Jahre die Herausgabe dieses Rundbriefes begleitet. Besonders hat er sich – bis zum heutigen Tag - in der pax-christi-gruppe Wittlich engagiert. So ist dort durch seine Mithilfe ein aktiver christlich-islamischer Gesprächskreis entstanden, von dessen Aktivitäten wir schon mehrfach berichteten. Zuletzt gab es einen Informationsabend über Moscheen (vgl. Hinweis unten).

Wir gratulieren ebenfalls **der AG Frieden Trier, die vor 35 Jahren gegründet wurde.** Pax Christi in Trier und im Bistum danken für die zahlreichen Friedensinitiativen vor Ort und die zahlreichen Kooperationen mit uns. Die AGF ist eine deutlich vernehmbare Stimme für **Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte.**

Hermann Anell, AGF-Vorstandssprecher, erklärt anlässlich des Gründungstages: „Angesicht der zunehmenden Militarisierung und

Ausbeutung von Mensch und Natur müssen wir dringend für Abrüstung und Gerechtigkeit einstehen. Verantwortung übernehmen heißt eben nicht wie Bundesregierung und Bundespräsident propagieren, Kriegseinsätze und Freihandelsabkommen voranzutreiben, sondern Fluchtursachen zu bekämpfen, ungerechte Wirtschaftsstrukturen und Armut zu überwinden sowie zivile Konfliktbearbeitung zu fördern. Für unsere Anliegen freuen wir uns über weitere Engagierte und Mitglieder“.

Markus Pflüger (AGF) berichtet kurz von der **Protestveranstaltung gegen das Gelöbnis der Bundeswehr am 24.6.2014 in Mainz**(auch unsere Bistumsstelle hatte sich gegen das Öffentliche Gelöbnis ausgesprochen): Ich war gestern vor Ort und habe den Polizeieinsatz am letzten genehmigten Kundgebungsort als plötzlich und heftig gewalttätig und somit als unverhältnismäßig erlebt. Es gab keine drei (!!!) klar erkennbaren Aufforderungen den Platz zu räumen (wie sonst bei Blockaden, und es handelte sich um eine Kundgebung!).... Statt der Demoleitung den Platzwechsel zu ermöglichen (Drehen des LKWs/ Durchsage) wurde die Demo aufgelöst und gestürmt - obwohl direkt eine neue Spontandemo angemeldet wurde (auch Presse war anwesend). Vermummte und bewaffnete Beamte stürmten die Kundgebung mit friedlichen Menschen allen Alters inklusive Kindern und verletzten mehrere Menschen durch Schubse, Schläge, Tritte, Pfeffer-Spray und herbeigeführte Stürze. Eine brutale für mich unbegründete Festnahme habe ich auch fotografisch dokumentiert. Hilft eine fragwürdige Auflösung und Stürmung die Lautstärke zu reduzieren? Für mich ein unverhältnismäßiger und gewalttätiger Einsatz der das Demonstrationsrecht einschränkte und der Polizei und des Landes unwürdig sind.

Es wurde eine weitere Broschüre in der Reihe „Koblenz – Klartext von unten“ mit dem Thema „**Sozialabbau – Verarmung – Wohnungsnot; Zahlen, Fakten, Gründe**“ herausgegeben; beteiligt waren Steg, pax christi Koblenz, Runder Tisch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Ökumenisches Netz. Nähere Informationen findet man auf der Internetseite des Ökumenischen Netzes. Die Broschüre lieferte auch den Kontext für die **Koblenzer „Winterreise“**. Dieses Kunstprojekt von Stefan Weiller, das am 23. März aufgeführt wurde, gibt Einblicke in die Lebenswelt und Leidenswelt sozial ausgegrenzter und wohnungsloser Menschen. Der vertraute Liederzyklus mit alten Liedern von Franz Schubert und sozialkritischen Texten von Wilhelm Müller wird bei diesem Projekt durch Lebensgeschichten und Erzählungen heutiger Wohnungsloser ergänzt. Ein Projekt, das Lesung, Konzert, Theater und Dokumentation zugleich ist, wozu gehört, dass an jedem Aufführungsort neue Begleittexte entstehen. Zum Thema gab es eine Veranstaltung des Koblenzer Sozialforums „**Kein Platz für Obdachlose – Wohnraum muss sich lohnen**“. Über Hintergründe und Ursachen wachsender

Wohnungsnot und den Zusammenhang mit der Krise des Kapitalismus referierten Herbert Böttcher und Dominic Kloos. In diesen Zusammenhang gehört auch die Veranstaltung am 24.02. im Atelier von Mario Andruet mit dem Thema „Die Gesichter der Armut“ mit den Referenten Bernd Hauptert und Fred Klinger.

Zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) fanden sowohl im Atelier (Mario Andruet) am 3. Februar als auch vom Ökumenischem Netz in Koblenz am 03.06. Themenabende statt. Aus zahlreichen Gründen und auf vielen Ebenen – Zuspitzung des geltenden Wirtschaftssystems, Unterlaufen von sozialen und ökologischen Standards, Aushöhlung demokratischer Entscheidungen – sind Skepsis und Protest geboten. Nicht zuletzt rufen die Einflussnahme von Wirtschaftsverbänden im Vorfeld und die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zur Wachsamkeit auf.

Zum Thema „**Moscheen in der Türkischen Republik: Bauten der Weltarchitektur und des Glaubens**“ hatte der Christlich-Islamische Gesprächskreis, dem fast alle P-C-Mitglieder der Gruppe Wittlich angehören, geladen. Der Lichtbildervortrag am 25.März fand im Saal der Sultan-Eyüp-Moschee statt. Frau Beyhan Kahyaoglu vom Vorstand der Moschee konnte 25 Gäste begrüßen, darunter auch den Imam. Zu Beginn seines Vortrags erinnerte Franz Joseph Hassemer daran, dass bereits vor 30 Jahren zahlreiche Männer der türkisch-islamischen Gemeinde zu einem Vortrag über Landschaften und Städte Anatoliens gekommen waren und anschließend noch lange im Gespräch verweilt hatten. Dann stellte er Moscheen aus seltschukischer (13.Jahrhundert) und osmanischer (15. bis 16.Jahrhundert) Zeit vor, aus Zentral-Anatolien und von der Schwarzmeer-Küste, zuletzt die großen Sultans-Moscheen in Bursa, Edirne und Istanbul, letztere mit den sie umgebenden und mit ihnen eine Baugruppe bildenden Schulen, Krankenhäusern, Karawansereien und Armenküchen. Ergänzt wurde die Schau durch einige Bilder der großen seltschukischen Kerwan sarays („Karawanen-Schlösser“) an der Überlandstraße von Konya nach Kayseri.

Aus dem Kreis der Zuhörer wurde spontan eine Reise in die Türkei zu den gezeigten Kunststätten vorgeschlagen, mit Beifall aufgenommen und für 2015 vorgesehen.

Vom 25.06. – 25.07. haben unterschiedliche Träger und Veranstalter – unter anderem waren unsere Bistumsstelle und das Ökumenische Netz beteiligt - im Saarland einen Aktionsmonat zum Thema „**Militarisierung der Gesellschaft**“ durchgeführt. Wir gehen davon aus, dass in der nächsten Nummer davon berichtet werden kann. Es standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- 25.6.2014 Saarbrücken, „Wider die Militarisierung der Gesellschaft“

- 2.7. 2014 Saarbrücken, „Krise und Kriege!“
- 8.7.2014 St. Wendel, „Waffeln statt Waffen!?“
- 10.7.2014 Saarbrücken, „Repression und Militär im Innern“
- 16.7.2014 Saarbrücken, „Schulfrei für die Bundeswehr?“
- 17.7.2014 Saarbrücken, „Maliintervention der französischen Armee“
- 21.7.2014 Saarlouis, „Militärseelsorge abschaffen!?“
- 23.7.2014 Saarbrücken, „Europäische Grenzschutzagentur Frontex“

Zu diesen Themen passte auch die Veranstaltung am 10.März in Saarwellingen zum Ersten Weltkrieg mit Dr. Eva Krell

Kriege sind Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise

Im Folgenden zunächst aus einer Presseerklärung von pax christi Bistumsstelle Trier vom Februar, nach dem Wirtschaftsseminar, zitiert.

Auf der Sicherheitskonferenz in München sprechen deutsche Politiker, allen voran der Bundespräsident, davon, dass Deutschland weltweit mehr Verantwortung übernehmen müsse. Die Kontexte der Äußerungen machen klar, dass es nicht zuletzt um militärisches Engagement wie in Mali, prinzipiell weltweit, geht.

Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar und die Bistumsstelle Trier von pax christi hatten zum Wirtschaftsseminar 2014 eingeladen zum Thema Neue Kriege – die Lösung gegen die Krise? Die Fragestellung war: Worum geht es in diesen „neuen Kriegen“? Was haben sie mit der globalen Krise des Kapitalismus zu tun? Welche Rolle spielen die Staaten in diesem Kontext?

In einem ersten Schritt warfen die Teilnehmer einen Blick auf das Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus. Als bemerkenswert wurde hervorgehoben, dass in diesem Schreiben die sozialen Verhältnisse als theologisches Thema gekennzeichnet werden und dass der Papst ein vierfaches „Nein“ zur herrschenden Ökonomie ausspricht: „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, zur neuen Vergötterung des Geldes, zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen, zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt“. Papst Franziskus erkennt die tödliche Irrationalität einer Wirtschaft, die materiellen Überfluss und Armut zugleich hervorbringt. Sie spaltet die Menschen in „Nützliche“, die für Produktion und Konsum gebraucht werden, und „Überflüssige“, die als Ausgeschlossene zu gesellschaftlichem „Müll“, zu „Abfall“ werden. Hier wird „die absolute Dichotomie zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl“ sichtbar.

Die Teilnehmer waren aber auch davon überzeugt, dass dieses klare Bekenntnis der ergänzenden Analyse bedarf. Der Referent Tomasz

Konicz lieferte diese in seinem Beitrag zu den krisenbedingten Wandlungen imperialistischer Herrschaft.(siehe unten).

In den anschließenden Diskussionen ging es besonders um die Frage: Wo lassen sich Ansätze finden, die aus dem krisengeschüttelten System herausführen. Ein Beginn wurde darin gesehen, wie Papst Franziskus „Nein“ zu sagen. Letztlich geht es um die Befreiung des Individuums. Dabei sind seine grundlegenden Bedürfnisse Anhaltspunkt für die Stellungnahme bei konkreten Maßnahmen und Entscheidungen. Die immer neue Lektüre unserer biblischen Grundlagen könnte uns eine Basis geben, die eine Unterscheidung der Geister ermöglicht und Motivation schafft.

Genau das haben die Teilnehmer am Sonntag getan, in dem sie sich auf die Apostelgeschichte 2,36 – 3,26 eingelassen haben. Der Vers 2,42 sagt es: „Sie (*die Gemeinschaft der Getauften*) blieben beharrlich bei der Lehre der Sendboten und in der Gemeinschaft, im Brotbrechen und in den Gebeten“. Die Botschaft des Textes wird so zur eigenen Erfahrung, solidarisches Miteinander (vgl. Vers 44) wird konkret.

Da die „neuen Kriege“ Symptom und Folge des Kapitalismus in der Krise sind, könnten neue Perspektiven nur entstehen, wenn „die Probleme der Armen von der Wurzel her gelöst „ (Evangelii Gaudium) werden. Die Botschaft des Papstes und die analytische Einsicht machen beide Mut.

Tomasz Konicz: Imperialismus und Krise

Tomasz Konicz hat dieses Referat vom Wirtschaftsseminar dankenswerter Weise für den Rundbrief zur Verfügung gestellt.

In den 40 Minuten möchte ich mich mit den Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen des spätkapitalistischen Weltsystems befassen. Hierbei soll der Begriff des Krisenimperialismus zur Diskussion gestellt werden. Ich will in dem Referat somit die krisenbedingten Wandlungen imperialistischer Herrschaft darstellen, wobei ich hierbei mich auf zwei analytischen Ebenen bewegen will. Der systemisch-objektiven und der geopolitisch-subjektiven.

Zum einen soll der tief greifende systemische Charakter der gegenwärtigen kapitalistischen Krise dargestellt; der Krisenprozess als eine Folge der eskalierenden inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden. Diese Krisendynamik vollzieht sich in einem unbewussten, einem blinden gesellschaftlichen Prozess quasi hinter dem Rücken der Produzenten - und diese Krisendynamik stellt sich folglich als ein quasi objektiver Sachzwang dar, auf den dann die einzelnen Subjekte reagieren. Dies wäre dann sozusagen die systemische Ebene und Argumentation.

Auf der geopolitischen Ebene sollen die Reaktionen, die Strategien der geopolitischen Subjekte, also der Staaten, auf diesen scheinbar objektiven Kreisprozess dargelegt werden. Wie reagieren die einzelnen Staaten auf die latente Systemkrise, wie verändern sich ihre Strategien beim manifesten Krisenausbruch? Ich will somit versuchen, beide Momente des Krisenprozesses in diesem Referat einzufangen: den objektiven systemischen Prozess wie auch die geopolitischen Reaktionen der Staatssubjekte auf dieser fundamentale Krise des Kapitalverhältnisses, das an seine inneren Entwicklungsschranken stößt.

Deswegen habe ich mich entschlossen, das Referat in drei Abschnitte zu gliedern. Zuerst möchte ich kurz die Ursachen der Krise darstellen. Hiernach soll die Zunahme nationaler Interessengegensätze in der Europäischen Union skizziert werden. Im längsten Abschnitt des Referats wird dann der Krisenimperialismus dargelegt werden, der von den Zentren des Weltsystems in der Peripherie praktiziert wird. Ich lehne mich bei meinen Ausführungen an die theoretischen Erkenntnisse der Wertkritik an, wie sie von Robert Kurz, dem Exit Zusammenhang und der Gruppe Crisis erschlossen wurden.

So, kommen wir nun zur objektiven Ebene, zur kurzen Darlegung der Widersprüche, die die innere Schranke des Kapitalismus konstituieren. Die Wertkritik sieht den Kapitalismus nicht als die ahistorische, ewige Wiederkehr des immer Gleichen, sondern als eine konkrete historische Dynamik, einen historischen Prozess, der ein Anfang und auch ein Ende hat. Das kapitalistische Wirtschaftssystem etabliert sich in der frühen Neuzeit, es erreicht eine Phase des Hochkapitalismus und befindet sich seit rund 30 Jahren in Niedergang: Wir leben seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im Spätkapitalismus. Und es ist gerade der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, es ist das stürmische Wachstum der Finanzmärkte, das charakteristisch ist für den Spätkapitalismus.

Die dominante Stellung der Finanzwirtschaft seit den 80ern stellt selber ein Krisenphänomen dar: Dieser neoliberale, finanzmarktgetriebene Kapitalismus konnte sich in den 80ern nur deswegen global durchsetzen, weil er einen scheinbaren Ausweg aus der fundamentalen Wirtschaftskrise in den 70er Jahre zu bieten schien. Diese Krisenperiode in den 70er Jahren wird als Stagflation bezeichnet, da sie mit Inflation, zunehmender Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wirtschaftswachstum einherging.

Diese Krise der 70er Jahre hatte ihre Ursachen in der Erschöpfung des Wachstumspotenzials der damals vorherrschenden Wirtschaftsstruktur. Dieses Akkumulationsregime – das von den 50er Jahren bis in die 70er dem Kapitalismus relative Stabilität bescherte – wird gemeinhin als Fordismus bezeichnet: Der Fahrzeugfabrikant Henry Ford hat dieses

System als erster zur Anwendung gebracht.

Was passierte nun ab den 70ern, sodass der Fordismus in die Krise geriet? Zum einen erfuhren die damaligen – größtenteils erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen – Märkte erstmals eine gewisse Sättigung, sodass die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmen sich verschärfte. Andererseits führte beständig zunehmende Automatisierung in der Produktion erstmals dazu, dass neue Produktionszweige nicht mehr die durch Rationalisierung überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder aufnehmen konnten. Die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft setzte voll ein, ab den 80er Jahren kehrte die zuvor fast vergessene Massenarbeitslosigkeit in die kapitalistischen Kernländer zurück. Letztendlich ist der Kapitalismus schlicht zu produktiv für sich selbst geworden. Die Produktivkräfte sprengen somit die Fesseln der Produktionsverhältnisse, um hier Marx zu paraphrasieren. Dieses System stößt an eine innere Schranke seiner Entwicklung. Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führt dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können. Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die Informationstechnik beschleunigten diese Tendenz noch weiter. Diese neuen Technologien schufen weitaus weniger Arbeitsplätze, als durch deren gesamtwirtschaftliche Anwendung wegrationalisiert wurden. Der Kapitalismus produziert sozusagen eine überflüssige Menschheit – auf globaler Ebene.

Diese Entwicklung kennzeichnet einen fundamentalen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise. Die Lohnarbeit bildet die Substanz des Kapitals – doch zugleich ist das Kapital bemüht, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Lohnarbeit aus dem Produktionsprozess zu verdrängen. Marx hat für diesen autodestruktiven Prozess die geniale Bezeichnung des »prozessierenden Widerspruchs« eingeführt. Dieser Widerspruch kapitalistischer Warenproduktion, bei dem das Kapital mit der Lohnarbeit seine eigene Substanz durch Rationalisierungsschübe minimiert, ist nur im »Prozessieren«, in fortlaufender Expansion und Weiterentwicklung neuer Verwertungsfelder der Warenproduktion aufrechtzuerhalten. Derselbe wissenschaftlich-technische Fortschritt, der zum Abschmelzen der Masse verausgabter Lohnarbeit in etablierten Industriezweigen führt, ließ auch neue Industriezweige oder Fertigungsmethoden entstehen.

Die Ausbildung eines gigantischen Finanzsektors und des korrespondierenden riesigen Schuldenbergs im globalen Maßstab kann folglich als eine Systemreaktion auf einen nicht mehr erfolgreich stattfindenden Strukturwandel in den Industrieländern aufgefasst werden. Aus dem erläuterten „prozessierenden Widerspruch“ der Warenproduktion resultiert ein industrieller Strukturwandel, bei dem alte Industrien verschwanden und neue hinzukamen, die wiederum Felder für Kapitalverwertung

und Lohnarbeit eröffneten. Über einen bestimmten Zeitraum hinweg besaßen bestimmte Industriesektoren und Fertigungsmethoden die Rolle eines Leitsektors, bevor diese durch andere, neue Industriezweige abgelöst wurden: So erfahren wir seit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert einen Strukturwandel, bei dem die Textilbranche, die Schwerindustrie, die Chemiebranche, die Elektroindustrie der Fahrzeugbau, usw. als Leitsektoren dienten, die massenhaft Lohnarbeit verwerteten. Doch genau dies funktioniert nicht mehr, nachdem die Lohnarbeit aufgrund der Rationalisierungsschübe der mikroelektronischen Revolution sich innerhalb der Warenproduktion verflüchtigt. So, ich möchte jetzt diese objektive Analyseebene verlassen und mich den subjektiven Reaktionen auf diesen Krisenprozess zuwenden, der, wie dargelegt, aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Funktionsweise resultiert. Die kapitalistischen Volkswirtschaften entwickelten sich in zwei verschiedene Richtungen, um dieser systemischen Überproduktionskrise zu begegnen: Sie verschuldeten sich, um eine kreditbefeuerte Defizitkonjunktur auszubilden, wie Griechenland, Spanien, Irland oder die USA. Oder sie versuchen, die Widersprüche der spätkapitalistischen Produktionsweise zu "exportieren", wie es Deutschland, China, Südkorea oder Japan machen. Das kapitalistische Weltsystem läuft somit tatsächlich nur noch auf Pump. Die auf den wuchernden Finanzmärkten generierte Verschuldung der vergangenen Dekaden stellt eine Systemnotwendigkeit dar, um den Kollaps der hyperproduktiven Warenproduktion zu verhindern. Die berühmten globalen Ungleichgewichte, über die man immer wieder in der bürgerlichen Presse lesen kann, sind gerade Ausdruck dieser Systemkrise: Die Ungleichgewichte in Handels- und Leistungsbilanzen beruhen gerade auf den besagten Verschuldungsprozessen.

Kommen wir nun zum zweiten Abschnitt meines Referats, zur Entwicklung in Europa und der Zuspitzung der nationalen Gegensätze. Diese Zunahme des Nationalismus wird durch die Krisenkonkurrenz befeuert, die zwischen den Staaten seit Beginn der Eurokrise einsetzte. Europa scheint seit Krisenausbruch in einem Zeitstrudel gefangen: Wir scheinen in eine Vergangenheit zurückversetzt, in der die nationalen Interessen frontal aufeinanderstießen. Zentral ist hierbei natürlich der aufkommende deutsch-französische Gegensatz. Seit seinem Amtsantritt hat der französische Präsident François Hollande einen deutlichen machtpolitischen Kurswechsel eingeleitet und die zuvor praktizierte Kollaboration mit Berlin zugunsten einer Allianz mit Südeuropa aufgegeben. Dem Spar-Diktat, das Berlin in Gestalt des »Fiskal-Paktes« der Euro-Zone oktroyierte, setzt Paris eine Fortsetzung der europäischen Defizitkonjunktur entgegen – diese soll durch eine Europäisierung der Verschuldungsdynamik fortgesetzt werden.

Auf europäischer Ebene unterstützt Paris die südeuropäischen Forde-

rungen nach einer Einführung von Euro-Bonds und massiven Anleihe-Aufkäufen seitens der Europäischen Zentralbank (EZB), um so die Zinslast der Krisen-staaten zu senken. Folglich spitzen sich die Auseinandersetzungen zwischen der südlichen Peripherie der EU und Berlin immer stärker zu - Die Bundesregierung blockiert tatsächlich all die Maßnahmen, die den in Rezession befindlichen Ländern Südeuropas eine Linderung verschaffen könnten. Diese Auseinandersetzungen dürften bald nach der Regierungsbildung in Deutschland zunehmen.

Der deutsch-französische Antagonismus des 19. und 20. Jahrhunderts scheint sich somit erneut in der gegenwärtigen geopolitischen Lage zu materialisieren. Ein vom sozioökonomischen Abstieg bedrohtes und mit Frankreich verbündetes Südeuropa sieht sich einem ökonomisch unheimlich erstarkten Deutschland gegenüber. Berlin bemüht sich hingegen, seine dominante Stellung vermittels eiligst umgesetzter Strukturänderungen der EU zu zementieren. Inzwischen wird der deutsche Hegemonialanspruch auch offen formuliert, etwa in der jüngsten Rede des deutschen Bundespräsidenten anlässlich des Tages der Deutschen Einheit, in der ein stärkeres internationales Engagement der BRD angemahnt wurde.

Erlaubt mir nun einen kurzen historischen Überblick die über Genese dieses deutschen Europa. Wir müssen hier bis zu den Auseinandersetzungen um die Deutsche Wiedervereinigung zurückblicken. Bekanntlich hat ja vor allem Frankreich die Einführung des Euro zu einer Vorbedingung der Wiedervereinigung erklärt. Entscheidend für die binneneuropäische Machtkonstellation in der gegenwärtigen Krise war aber die Strategie, die Deutschlands Funktionalisten in Reaktion auf die verordnete europäische Integration forcierten. Berlin nutzte den Euro, der eigentlich den deutschen Hegemoniebestrebungen ein Ende setzen sollte, um die dominante Stellung in Europa zu erringen.

Diese Strategie wurde auf dem Rücken der Lohnabhängigen in der BRD umgesetzt, wobei die wichtigsten diesbezüglichen »Reformen« von der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer eingefädelt wurden. Zum einen führte Rot-Grün kurz vor der Euro-Einführung eine Steuerreform durch, bei der vor allem Unternehmen bzw. Konzerne massiv entlastet wurden – und somit über eine prall gefüllte »Kriegskasse« am Vorabend der Währungsunion verfügten. Zum anderen hatte die Agenda 2010 eine massive Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und einen Einbruch des Reallohn-Niveaus in Deutschland zur Folge. Die Folgen dieser Politik können an dieser Grafik nachvollzogen werden, die die Entwicklung der Lohnstück-Kosten in der Eurozone darstellt. Die avancierte deutsche Industrie, die ohnehin einen Produktivitätsvorsprung gegenüber den südlichen Euro-Ländern aufwies, konnte so erhebliche Konkurrenzvorteile verbuchen. Hierdurch konnte sie die Konkurrenz in der Euro-Zone in vielen Branchen marginalisieren – während in der BRD

Prekarisierung und brutale Arbeitshetze zur Normalität für einen großen Teil der Lohnabhängigen wurden.

Diese auf extreme Exportfixierung ausgerichtete Strategie wurde erst durch den Euro durchsetzbar. Dieser nahm den betroffenen Staaten die Möglichkeit, mit Währungsabwertungen auf die Offensiven zu reagieren. Bei der quantitativen Einschätzung des Erfolgs dieser totalen Export-Ausrichtung sind nicht die Gesamtausfuhren, sondern die Exportüberschüsse entscheidend. Seit der Euroeinführung summieren sich diese auf knapp 800 Milliarden Euro. Ihnen entsprechen Defizite auf Seiten der betroffenen Euro-Länder, so dass die Exportoffensiven der BRD maßgeblich zur Ausbildung des europäischen Schuldenbergs beigetragen haben. Die Obige Grafik verschafft uns einen Eindruck davon, wie sehr Deutschlands Überschüsse gegenüber der Eurozone gerade nach der Euroeinführung explodierten. Es gibt selbstverständlich historische Vorbilder für diese aggressive Exportfixierung der BRD. Diese deutsche Exportstrategie stellt eigentlich einen Rückgriff auf den Merkantilismus dar, den die Militärdespotien in der frühen Neuzeit praktiziert haben – auch damals waren alle absolutistischen Staaten bemüht, möglichst starke Exportüberschüsse gegenüber den nationalen Konkurrenten zu erringen.

Dennoch stellt die gegenwärtige Situation in der Euro-Zone, bei der Deutschland als der klassische »Krisengewinner« erscheint, eine Illusion dar. Diese Illusion kann nur unter Ausblendung des besagten objektiven Krisenprozesses kapitalistischer Warenproduktion überhaupt aufkommen. Die Bestrebungen zur europäischen Einigung wie auch die gegenwärtigen Desintegrationstendenzen sind nicht nur auf das geopolitische Kalkül einiger Großmächte zurückzuführen – sie stellen vor allem Reaktionen auf die besagte innere Schranke kapitalistischer Warenproduktion dar. Die Euro-Krise bildet dabei nur das jüngste Stadium dieses langwierigen Krisenprozesses.

Das »Europäische Haus« war auf einem beständig wachsenden Schuldenberg errichtet worden, der nun einzustürzen droht. Mit dieser Verschuldungsdynamik kam in allen beteiligten Staaten die Illusion auf, man beteilige sich an einem allgemein vorteilhaften Integrationsprozess. Die südeuropäischen Länder erfuhren schuldenfinanziertes Wachstum, die BRD hatte ihre Absatzmärkte. Mit dem Zusammenbruch dieser Verschuldungsdynamik setzte nun der Kampf darum ein, wer die Kosten zu tragen hat.

Dabei beruht Deutschlands Wachstum ebenfalls auf Verschuldungsprozessen. Die Illusion einer intakten kapitalistischen Arbeitswelt in der BRD kann nur durch die Verschuldungsprozesse in den Zielländern der deutschen Exportoffensiven aufrechterhalten werden. Somit ist aber die BRD ihrerseits abhängig von den diesen Verschuldungsprozessen im Ausland, ohne die Deutschlands Exportmärkte einbrechen werden. Deswegen untergräbt Berlin mit seinem Spardiktat in Europa seine

eigenen Absatzmärkte, was letztlich auch die scheinbare europäische Hegemonialmacht in den Abgrund ziehen wird. Selbst die besagte Neuausrichtung der deutschen Exportdampfwalze auf außereuropäische Märkte wird bald keine Vorteile mehr einbringen, da die Sparpolitik in Europa diese Regionen immer stärker in Mitleidenschaft zieht.

Die binnen-europäischen Auseinandersetzungen um die richtige Krisenpolitik, bei der die französischen und südeuropäischen Keynesianer gegen den deutschen Spar-Wahn Sturm laufen, spiegeln somit eine fundamentale Aporie kapitalistischer Politik. Die politische Kaste kann nur zwischen zwei Wegen in die Krise wählen: Entweder führt Sparpolitik zu einer sofortigen Rezession wie in Griechenland oder Spanien, oder die Krise wird weiter verschleppt durch fortdauernde Verschuldung und Gelddruckerei (dies geschieht derzeit in den USA). Letztendlich lassen sich die eskalierenden nationalen Gegensätze bezüglich der Krisenpolitik in Europa auf diese grundlegende Ausweglosigkeit zurückverfolgen. Eine zeitlich befristete deutsche Hegemonie wäre folglich nur auf einer Grundlage möglich: Berlin müsste seine gute Bonität zur Initiierung einer abermaligen europäischen Defizitkonjunktur zur Verfügung stellen, also eine abermalige Verschuldungsdynamik mobilisieren.

So, erlaubt mir jetzt, die krisenbedingten Veränderungen der Machtverhältnisse in Europa zusammenzufassen. Seit Ausbruch der Euro-Krise und dem Kappen der Verschuldungsdynamik in Europa findet ein binneneuropäischer Überlebenskampf zwischen den Euro-Staaten statt, bei dem die wirtschaftlich unterlegenen Länder einen dauerhaften sozioökonomischen Abstieg erleben. Diese nationalen Machtkämpfe realisieren die Folgen der Systemkrise, die sich in einem andauernden Prozess von der Peripherie in die Zentren des kapitalistischen Welt-systems frisst und die »Wohlstandsinseln« der »Ersten Welt« immer weiter abschmelzen lässt. Die »Dritte Welt« rückt mit ihrem Elend immer näher an die Zentren heran und breitet sich nun in Südeuropa aus. Für diese nationalen binneneuropäischen Auseinandersetzungen kann die Allegorie der sinkenden »Titanic« gewählt werden, bei der die Passagiere der ersten Klasse diejenigen der Zweiten und Dritten über Bord werfen, um noch etwas Zeit zu gewinnen – bis sie selbst an die Reihe kommen. Und Deutschland hat diese Krisenkonkurrenz eindeutig für sich entscheiden können. Wir haben es mit einem abschmelzenden nord-europäischen Zentrum in der Eurozone zu tun und mit einer südeuropäischen Peripherie, die gerade von diesem Zentrum buchstäblich zur Dritten Welt zugerichtet wird.

Die zunehmenden nationalen Spannungen, der aufkommende Chauvinismus in Europa – sie haben also eine reelle Grundlage: Sie bilden die konkrete Form, in der die Krisenkonkurrenz in der Eurozone ausgetragen wird. Durch diese subjektiv-geopolitischen Machtkämpfe werden die Folgen der objektive Systemkrise umgesetzt. Die BRD hat es hier

bislang vermocht, auf Kosten der südlichen Peripherie sich zu behaupten. Letztendlich wird diese Krisenkonkurrenz die EU aber sprengen, sollte Berlin nicht irgendeiner Art von Transfers zustimmen, um die eskalierenden Ungleichgewichte abzumildern. Bereits jetzt nehmen die Zentrifugalkräfte in Europa enorm zu, mit einem neuen Krisenschub wird das Europäische Haus gänzlich einstürzen. Ohnehin stehen nun nach der Bundestagswahl die entscheidenden Auseinandersetzungen um die Zukunft der EU an: Frankreich und Südeuropa werden versuchen, die BRD zu Etablierung von Transfers zu bewegen, während Berlin bemüht sein wird, die gegenwärtige Konstellation möglichst lange aufrecht zu erhalten.

Soviel erstmal zu dem Themenkomplex Europa. Ich möchte nun den Krisenverlauf und den korrespondierenden Neoimperialismus in der Peripherie besprechen. Hierbei werde ich mich vor allem mit dem Phänomen der so genannten gescheiterten Staaten auseinandersetzen sowie den jüngsten Interventionen im arabischen Raum.

Es ist übrigens die Zuspitzung der nationalen Gegensätze in Europa und den Zentren des Weltsystems, die auch die Bereitschaft zu Militärinterventionen im arabischen Raum bestärkt hat. Ein Paradebeispiel dafür ist ja die Intervention in Libyen, die vor allem von Frankreich und Großbritannien getragen wurde. Die Bundesrepublik hielt sich dort hingegen zurück. Hierbei ging es meines Erachtens vor allem Paris darum, sich eine neue Einflussosphäre zu sichern, um ein Gegengewicht zur Dominanz der BRD zu erhalten.

Trotz eines raschen militärischen Sieges entpuppte sich diese Intervention als totaler Fehlschlag. Libyen befindet sich in einem chaotischen Prozess des Staatszerfalls, der etwaige Spekulationen auf die Errichtung einer Einflussosphäre seitens der westlichen Intentionen rasch zerschlug. Noch vor knapp zwei Jahren, kurz nach dem Sturz Gaddafis, hat der britische Verteidigungsminister Geschäftsleute aufgefordert, ich zitiere: „ihre Koffer zu packen und nach Libyen zu fliegen, um am Wiederaufbau und dem kommenden Rohstoffboom zu partizipieren.“ Doch nun hat die Regierung in Tripolis die Kontrolle über einen Großteil des Landes an Milizionäre verloren. Immer wieder besetzten Milizen Teile der Ölinfrastruktur Libyens, um ihre Partikularinteressen durchzusetzen. Zuletzt sank die libysche Ölförderung Anfang September auf rund zehn Prozent ihres Vorkriegsvolumens, nachdem bewaffnete Gruppen eine zentrale Pipeline in der Nähe von Tripolis blockierten.

Der Westen interveniert, erringt einen militärischen Sieg, um näher nicht in der Lage zu sein, den betroffenen Staat zu stabilisieren – das Muster findet sich bei vielen neoimperialistischen Interventionen der letzten Jahre. Diese Entwicklung erinnert auffallend etwa an die staatlichen Desintegrationsprozesse, die den Irak im Gefolge der US-Invasion erschütterten. Nach dem raschen Sturz des irakischen-Regimes wurde

das Zweistromland von einem lang anhaltenden Bürgerkrieg erfasst, der ebenfalls mit ausufernder Milizbildung und separatistischen Tendenzen einherging. Im Irak findet immer noch ein Bürgerkrieg niederer Intensität statt, wie die permanent anhaltenden Anschlagsserien unter Beweis stellen. Schließlich scheint sich gegenwärtig auch Syrien in einem ähnlichen gewaltförmigen Prozess der »Entstaatlichung« zu befinden wie Libyen und der Irak. Auch hier fand eine ausufernde Milizbildung statt, auch hier nehmen die Auseinandersetzungen in Wechselwirkung mit der äußeren Intervention einen ethnisch-konfessionellen Charakter an.

In der orthodoxen antiimperialistischen Interpretation dieser Zerfallsprozesse bilden die Interventionen der imperialistischen Mächte deren Ursache. Der Irak und derzeit insbesondere Syrien bilden ja tatsächlich die Schlachtfelder bei dem Kampf des Westens um die Dominanz in dieser rohstoffreichen Region. Der gesamte Nahe und Mittlere Osten ist von einer Art neuem »Kalten Krieg« überzogen, bei dem sich der Westen auf der einen und der Iran, Syrien und Russland sowie China auf der anderen Seite gegenüberstehen. Somit würde die neoimperialistische Machtpolitik wieder an die Praktiken des klassischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts anknüpfen, der ebenfalls die lokalen Rivalitäten in seinen Kolonien zu instrumentalisieren vermochte.

Wir haben es aber mitnichten mit einer bloßen Wiederkehr des Imperialismus des 19. Jahrhunderts zu tun. Bei dieser klassischen antiimperialistischen Interpretation findet ja nur die „subjektive“ oder geopolitische Dimension der Krisendynamik Berücksichtigung, der objektive, systemische Krisenprozess wird hingegen ausgeblendet. Mehr noch: Der orthodoxe Antiimperialismus nimmt die Existenz der inneren und äußeren Schranken des Kapitals einfach nicht zu Kenntnis. Obwohl die Desintegration des kapitalistischen Weltsystems bereits voll eingesetzt hat, wird diese nicht als solche wahrgenommen.

Deswegen kann der orthodoxe Antiimperialismus auch nicht erklären, wieso die nationale Staatlichkeit in so vielen Regionen und Ländern der sogenannten »Dritten Welt« in Auflösung begriffen ist - und folglich bei den Interventionen des Westens sogleich kollabiert. Der Beginn des 21. Jahrhunderts steht im krassen Kontrast zu der Welle der Staatengründungen in der »Dritten Welt« in Zuge der Entkolonialisierung. Während damals ein Aufbruch und eine Modernisierung des globalen Südens anzubrechen schienen, fallen nun die Staaten des Trikont reihenweise auseinander. Die Erschütterungen nationalstaatlicher Machtstrukturen in Libyen, dem Irak oder Syrien bilden dabei nur die jüngsten Fälle in einer langen Reihe von »Entstaatlichungskrisen«, die bereits weite Teile des subsaharischen Afrika erfasst haben. Als prominente Beispiele für gescheiterte Staaten werden für gewöhnlich Somalia, Kongo oder Afghanistan angeführt. Derzeit zerfällt – von der westlichen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – die Zentralafrikanische Republik. Tendenzen

zur »Entstaatlichung« lassen sich aber auch in Mittelamerika und insbesondere Mexiko beobachten, wo die Drogenkartelle den Staat offen herausfordern und unterminieren. Die westliche Geopolitik hat für diese staatlichen Zerfallsprozesse ja längst den Begriff des »Failed State«, des »gescheiterten Staates«, geprägt.

Die Frage bleibt also zu beantworten: Wieso scheitern Staaten? Ich kann euch die historische Perspektive auch hier nicht ersparen. Der Staat bildete im globalen Süden nach der Dekolonialisierung die machtpolitisch-organisatorische Form, in der die nachholende Modernisierung dieser Regionen geleistet werden sollte. In einem gewaltigen Kraftakt wollten die meisten Entwicklungsregimes den Rückstand zu den Zentren des Weltsystems aufholen. Sie versuchten, vermittels kreditfinanzierter Investitionsprogramme, eine waren-produzierende Industrie, ja eine nationale Volkswirtschaft überhaupt erst zu entwickeln. Eine industrielle Basis war in den gerade unabhängig gewordenen Ländern oftmals nur in Ansätzen gegeben - als Überbleibsel der kolonialen Niederungslandschaft. Diese Strategie der »importierten Modernisierung« misslang auf breiter Front spätestens in der zweiten Hälfte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Mit dem Ausbruch der Krisenperiode der sogenannten Stagflation ab 1973 wandelten sich die Ökonomien im globalen Süden zu Investitionsruinen, die der zunehmenden Weltmarktkonkurrenz nicht standhalten konnten. Ab den 80ern wurde in den jeweiligen Schuldenkrisen dieses »Scheitern der Modernisierung« im globalen Süden offensichtlich. In dessen Gefolge setzten sozioökonomische Zusammenbrüche in vielen Regionen ein.

Dieser Zusammenbruch der »Dritten Welt«, zu dessen Rationalisierung hierzulande gerne ein kulturalistisch grundierter Rassismus bemüht wird, bildete nur den Auftakt zu der besagten fundamentalen Krise des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Diese Systemkrise frisst sich in einem Dekaden langen Prozess von der Peripherie in dessen Zentren. Den Entwicklungsdiktaturen der »Dritten Welt« gelang es nicht mehr, die Kapitalmassen zum Aufbau einer fordistischen Industrie zu akkumulieren, die es ihnen ermöglicht hätte, in den 70ern am Weltmarkt zu bestehen. Wenige Jahre später scheiterten übrigens die staatssozialistischen Länder letztendlich an der Durchsetzung der dritten mikroelektronischen Revolution, die noch weitaus größerer Investitionsanstrengungen bedurfte. Nun hat diese Krise den Süden der Eurozone erfasst.

Der Prozess der »Entstaatlichung« der Peripherie ist aber keinesfalls mit einer etwaigen Rückkehr zu »vormodernen« und traditionellen Machtformen gleichzusetzen. Die Clans, Milizen, Banden und Sekten, die sich derzeit im Windschatten der imperialistischen Interventionen im arabischen Raum breitmachen, etablieren – ich zitiere hier Robert Kurz - »entbundene Gewaltstrukturen, wie sie aus dem Zerfall der waren-produzierenden Anti-Zivilisation des Geldes hervorgehen«.

Die endemisch hohe Arbeitslosigkeit, gepaart mit der Verwilderung des Staatsapparates, bringt eine »verlorene Generation« desorientierter und „ökonomisch überflüssiger“ junger Männer hervor. Hierdurch entsteht erst das Rekrutierungsfeld für die unzähligen Milizen und Rackets in den Zusammenbruchsregionen der Welt. Gen Süden blickend, können wir somit in die Zukunft schauen. Wir erhalten einen Eindruck von der ungehemmten Entfaltung der Krisendynamik, die letztendlich – sollte sie nicht emanzipatorisch überwunden werden – auch in den Zentren eine Dystopie realisieren wird, die irgendwo zwischen Mad Max und 1984 angesiedelt sein dürfte.

Uneingestanden und unreflektiert hat die imperialistische Praxis der Zentren diesem manifesten Krisenprozess in der Peripherie längst Rechnung getragen. Es reicht, sich in Erinnerung zu rufen, dass Europas Expansion auch durch den Hunger nach Arbeitskräften, nach »Händen« getrieben war, die bei mörderischer Sklavenarbeit in den Plantagen der »Neuen Welt« ausgebeutet werden konnten. Die Blutspur dieser imperialistischer Ausbeutung von Arbeitskräften reicht von dem berüchtigten »atlantischen Dreieckshandel« mit afrikanischen Sklaven in der frühen Neuzeit bis zu der mörderischen Auspressung des Kongos durch die Belgier, die massenhaft Afrikanern die Hände abhacken ließen, falls diese die vorgegebenen Arbeitsnormen nicht erfüllten. Der belgische König Leopold II. reagierte auf entsprechende Anschuldigungen in der Presse geradezu empört: »Hände abhacken, das ist idiotisch! Ich würde eher alles Übrige abschneiden, aber doch nicht die Hände. Genau die brauche ich doch im Kongo!«

Niemand würde heutzutage auf die Idee kommen, dass die neoimperialistischen Interventionen der vergangenen Dekaden ausgerechnet deswegen geführt wurden, um die »Hände« der einheimischen Bevölkerung zur Fronarbeit zwingen zu können. Die Ausbeutung von Arbeitskräften des globalen Südens ist im Spätkapitalismus in das Gegenteil umgeschlagen – in die Exklusion von Arbeitskräften. Der Krisenimperialismus des 21. Jahrhunderts bemüht sich um die Abschottung der Zentren vor der „überflüssigen Menschheit,“ die das System produziert. Somit bildet die Absicherung der verbliebenen relativen »Wohlstand-Inseln« das wichtigste Moment imperialistischer Strategien etwa der EU.

Etlche Interventionen des Westens in den Zusammenbruchgebieten der »Dritten Welt« hatten zudem deren »Stabilisierung« zum Ziel. Hierunter ist das »Nation Building«, die Errichtung nationalstaatlicher Machtstrukturen, zu verstehen. Durch den Aufbau eines abhängigen und hörigen Staatsapparates sollten die Störpotenziale dieser Zusammenbruchregionen minimiert werden. Als Paradebeispiele für diese Art krisenimperialistischer Intervention können die Einsätze in Somalia (1993), Afghanistan (ab 2001) oder Mali gewertet werden. Hierbei mussten sich die westlichen Truppen mit den Zerfallsprodukten der Krise des

kapitalistischen Weltsystems – mit klanartigen Banden und islamistischen Milizen – auseinandersetzen. Auch die jüngsten Marineeinsätze gegen die Zusammenbruchökonomie, die von den somalischen Piraten aufgebaut wurde, fügen sich in dieses Muster. Die anhaltende Erfolglosigkeit dieses Vorgehens resultiert vor allem daraus, dass hier die kapitalistischen Großmächte gegen die Gespenster vorgehen, die die Krise des Kapitals selber hervorbringt. Hier findet eine Art Windmühlkampf statt.

Den weiteren zentralen Faktor bei den neoimperialistischen Interventionen der vergangenen Jahre stellt aber das Streben nach der Sicherung von Ressourcen dar. Hierin spiegelt sich die an Brisanz gewinnende Rohstoffkrise der globalen kapitalistischen Verwertungsmaschinerie. Je stärker sich die Engpässe bei der Versorgung mit Energieträgern und Rohstoffen abzeichnen, desto intensiver ist das Bemühen der Großmächte, vermittels der Kontrolle von Rohstoffquellen entscheidende strategische Vorteile zu erringen. Was die Zentren des kapitalistischen Weltsystems von der Peripherie wollen, sind somit ausschließlich deren Ressourcen, die ausgebeutet und in die »Erste Welt« verfrachtet werden sollen – während die Bevölkerung dieser Regionen ausgegrenzt und an Fluchtbewegungen gehindert wird.

Das Aufkommen dieses Krisenimperialismus hat längst zu einer entsprechenden Umstrukturierung der militärischen Apparate der Zentren geführt, die auf den Aufbau hochflexibler Hightech-Eingreiftruppen abzielt. Der deutsche Generalstabsoffizier Reinhard Herden brachte diesen Strukturwandel schon zu Beginn des entsprechenden Umbaus der Bundeswehr auf den Punkt. Laut Herden werden in diesem Jahrhundert »die jetzt in Frieden lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.« Das krisenimperialistische Feindbild des 21. Jahrhunderts umschrieb Herden als archaische »Krieger«, als »Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben«.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen lohnt ein abermaliger, abschließender Blick auf die Umwälzungen, die den arabischen Raum seit 2011 ergriffen haben. Der Impuls zu den Aufständen, die auch den Westen völlig überraschend trafen, ging von der einheimischen Bevölkerung aus. Die Bevölkerungsmehrheit befindet sich aufgrund des voranschreitenden Krisenprozesses in einer unerträglichen Lage. Die innere und äußere Schranke des Kapitals manifestiert sich in diesen Ländern in einer erdrückend hohen Arbeitslosigkeit, die etwa bei Jugendlichen oft mehr als 50 Prozent beträgt, und durch rasante Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die kurz vor Ausbruch der ersten Proteste die Stimmung

zusätzlich anheizten. Der elementare, unreflektierte Impuls zur Rebellion gegen ein System, das immer größeren Teilen der Bevölkerung schlicht die Lebensgrundlagen entzieht, ist vor allem bei den ersten Aufständen in Tunesien und Ägypten dominant gewesen. Diese Aufstände sind aber trotz eines oberflächlichen »Regime Change« im bestehenden System »stecken geblieben« - sie stellen folglich auch keine Revolutionen dar. Ohne eine emanzipatorische Perspektive jenseits des kapitalistischen Begriffshorizontes schlugen diese Bewegungen in Resignation oder reaktionären Islamismus um.

Erst Monate nach dem Beginn des Aufruhrs in der arabischen Welt wurde dieser im Rahmen des besagten »Kalten Krieges« um die Rohstoffe der Region instrumentalisiert. Die westliche Unterstützung der Aufstandsbewegungen in Libyen und derzeit in Syrien folgt offensichtlich dem Kalkül, die langfristige Kontrolle über die Energieträger der Region zu erlangen, indem unsichere Kantonisten (Ghaddafi) und Verbündete Irans (Assad) ausgeschaltet werden. Entscheidend bei diesem Machtkampf um die Rohstoffe des Nahen Ostens ist aber die »objektive« Krisentendenz, die aus den Widersprüchen kapitalistischer Warenproduktion resultiert und einen »objektiven« Entstaatlichungsprozess in der Region befördert. Dieser objektive Entstaatlichungsprozess realisiert sich gerade vermittels der »subjektiven« imperialistischen Machtkämpfe in der Region.

Die Peripheriestaaten stellen nur noch verwildernde Attrappen gescheiterter staatskapitalistischer Modernisierungsbemühungen dar, die beim geringsten Anstoß die ihnen innewohnenden anomischen Zentrifugalkräfte freisetzen. Doch auch die neoimperialistischen Kernländer werden immer deutlicher als »Papiertiger« erkennbar, die ihre Interventionen aufgrund einer angespannten Haushaltslage kaum noch im gewünschten Ausmaß finanzieren können (siehe aktuell Syrien). Diese Kriseninterventionen finden nicht mehr innerhalb einer historischen Expansion des Kapitalverhältnisses statt, wie im Hochkapitalismus, als es um die Erschließung neuer Absatzmärkte und Arbeitskräfte geht. Es findet nun eine historische Kontraktion des Kapitalverhältnisses auf weniger hochproduktive Cluster statt – die imperialistischen Interventionen haben nun das Ziel, diese schrumpfenden Zentren vor den Erschütterungen aus dem Zusammenbruchs Gebieten abzusichern.

Entscheidend für die antikapitalistische Linke sind somit nicht die neu aufflammenden nationalen Gegensätze in Europa oder das geopolitische Kräftenessen im Nahen Osten. Es wäre unsinnig, hier Partei ergreifen zu wollen (Für Deutschland? Für Frankreich? Für die Alewiten, die Sunniten?). Entscheidend ist die vermittels dieser geopolitischen Machtkämpfe voranschreitende Krisendynamik, die sich nicht nur in der

Peripherie, sondern auch in den Zentren des Weltsystems manifestiert. Ein solcher Zusammenbruchs- und Barbarisierungsprozess bildet aufgrund des akkumulierten Zerstörungs- und Vernichtungspotentials eine elementare Bedrohung menschlicher Zivilisation. Es ist letztlich ein Unterschied im Ganzen, ob der Kapitalismus von einer emanzipatorischen Bewegung aktiv überwunden wird oder an seinen eigenen Widersprüchen kollabiert – im letzten Fall würde es sich um eine endgültige, irreversible Niederlage der antikapitalistischen Linken handeln. Die aktive, bewusste Überwindung des in Selbstzerstörung übergehenden Kapitalismus stellt schlicht eine Überlebensnotwendigkeit der Menschheit dar.

Der Papst und der Kapitalismus Kapitalismuskritik als Evangelisierung

„Diese Wirtschaft tötet.“

Ausgehend von dieser Feststellung formuliert der Papst sein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, zur Vergötzung des Geldes, zur Gewalt, deren Wurzel soziale Ungleichheit ist. Wer so über den Kapitalismus redet, kann ihn nicht verstanden haben; denn „zur Überwindung der Armut“ braucht es – wie die FAZ das Glaubens-bekenntnis konservativer Eliten zusammen fasst - „Marktwirtschaft und Kapitalismus“. Das „kann dieser Papst nicht sehen“. Dafür ist der Papst auch zu hellichtig. Sein Blick ist eben nicht durch die Dogmen der kapitalistischen Heilslehre getrübt. Deshalb erkennt er die tödliche Irrationalität einer Wirtschaft, die materiellen Überfluss und Armut zugleich hervorbringt. Sie spaltet die Menschen in „Nützliche“, die für Produktion und Konsum gebraucht werden, und „Überflüssige“, die als Ausgeschlossene zu gesellschaftlichem „Müll“, „Abfall“ werden. Hier wird „die absolute Dichotomie zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl“ sichtbar. Erhellend ist ein weiterer Verstoß des Papstes gegen ein Dogma der kapitalistischen Glaubensgemeinschaft: den Sicherheits-Wahn. Nüchtern und geradezu entmythologisierend hält der Papst dem entgegen: „Solange die Ausschließung und die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und unter den Völkern nicht beseitigt werden, wird es unmöglich sein, die Gewalt auszumerzen.“ Es wäre lohnend, unter diesem Aspekt einmal den Koalitionsvertrag zu lesen. In ihm spiegeln sich beide Dogmen wieder: Im ungebrochenen Glauben an den Kapitalismus werden innergesellschaftliche und weltweite Spaltungsprozesse weiter vorangetrieben und zugleich eine neue Runde der Militarisierung eröffnet, mit der die selbst produzierte Unsicherheit bekämpft werden soll(1). Und zu all dem gibt es keine Alternative, weil scheinbar ‚jenseits‘ des Kapitalismus kein Heil zu finden ist.

Kapitalismuskritik im Horizont der Evangelisierung

Es ist kein Zufall, dass die Inhalte der päpstlichen Kapitalismuskritik anders akzentuiert sind und ihre Sprache einen neuen Klang hat. Sie unterscheiden sich wohltuend von den einschläfernden Einlassungen der katholischen Soziallehre. Diese kommt ja über hehre Prinzipien nicht hinaus, die dann auch noch so gebogen werden, dass am Ende gar noch die neoliberale Variante des Kapitalismus abgesegnet werden kann. Die andere Akzentuierung und der andere Klang der Sprache des Papstes hängen offensichtlich mit einem anderen Blick auf die Wirklichkeit zusammen. Er ist geprägt vom Gesamtanliegen des Schreibens: der Evangelisierung. Im Kern geht es um die Frage, wie das Evangelium in der gegenwärtigen Weltsituation gelebt werden kann. Vom Evangelium her ist die Option für die Armen nicht eine unter mehreren Möglichkeiten, sondern gehört zur Mitte des Evangeliums, weil sie eine theologische Kategorie und damit eine Aussage über Gott ist. Deshalb kann es keine Verkündigung des Evangeliums geben, ohne dass die Schreie aus den Sklavenhäusern gehört werden. Gemeinsam mit Gott hat die Kirche diese Schreie zu hören. Und weil es bei der Erlösung, die Gott verspricht, wesentlich um Befreiung aus Unrecht und Gewalt geht, ist „der ganze Weg der Erlösung von den Armen geprägt“. Wo die Sendung der Kirche in dieser Mitte des Evangeliums verankert ist, kann die Verkündigung sich nicht mehr „ausgewogen“ in den Himmel überzeitlich gültiger Prinzipien flüchten, die dann nachträglich auf die im Prinzip akzeptierte gesellschaftliche Wirklichkeit „angewendet“ werden. Sie wird prophetisch, d.h. sie geht von der Erfahrung des Leidens der Armen und der Reflexion der Wurzeln ihrer Leiden aus. Damit wird sie parteiisch und riskiert gesellschaftliche und auch kirchliche Konflikte. Damit riskiert sie es aber auch – und das wäre die Stärke einer solchen Verkündigung –, sich widersprechen zu lassen und im Diskurs zu präzisieren Einsichten und neuem pastoralem Handeln zu kommen. Statt ‚Roma locuta, causa finita‘ wäre sie eine Einladung zum Mit- und Weiterdenken, um zu einem Handeln aus dem Geist des Evangeliums zu kommen. Innerkirchlich stärkt das päpstliche Schreiben das Engagement derer, die Kapitalismuskritik als theologische Herausforderung, Gott und Götzen zu unterscheiden, und damit als zentral für pastorales Handeln, begreifen. Es dürfte schwerer werden, schon den Gebrauch des Wortes Kapitalismus zu denunzieren. Gesellschaftlich hat das Schreiben des Papstes bei den Kapitalismusgläubigen irritierte bis empörte Reaktionen ausgelöst. Insofern hat es bereits erste Früchte getragen. Wie aber wird es weitergehen?

1 Vgl. Tobias Pflüger, Der Krieg beginnt hier! Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sowie die Schwerpunkte und nächsten Aufgaben der Friedensbewegung, in junge welt, 9.1. 2014.

Verteidigung des Papstes durch Affirmation der Marktwirtschaft?

Kardinal Marx hat den Papst verteidigt und dabei zwischen Kapitalismus und einer Marktwirtschaft unterschieden, „die notwendig ist und vernünftig, aber dem Menschen zu dienen hat“. Sie habe der Papst nicht kritisiert, sondern einen „falschen Kapitalismus“, der dann offensichtlich von einem „richtigen“ Kapitalismus unterschieden werden soll. Was aber könnte das sein? Der Text von Kardinal Marx liest sich wie eine entschuldigende Entschärfung der päpstlichen Kapitalismuskritik aus seiner Sicht der katholischen Soziallehre. Was übrig bleibt, ist die „zeitlose“ Forderung nach politischer Regulierung. „Es geht um Programme, die Markt, Gesellschaft und Staat in ein neues Beziehungsfeld zueinander setzen, und das global“. Dann aber hätte der Papst nichts anderes im Sinn gehabt als einen Aufguss der am und im Kapitalismus gescheiterten „Sozialen Marktwirtschaft“ auf globaler Ebene.

Darüber müsste sich niemand aufregen. Eine weiterführende Diskussion müsste bei Fragen einsetzen wie: Wo liegen neue Akzente, die über die bisherigen Aussagen hinausgehen? Welche Aussagen müssten präzisiert werden? Daran wird sich entscheiden, ob die Stellungnahme des Papstes die innerkirchliche Kapitalismuskritik voranbringen kann. Im Fokus müsste dabei die Frage stehen: Was meint der Papst, wenn er vom „Fetischismus des Geldes“ und der „Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ spricht?

Was meint „Fetischismus des Geldes“?

Die Rede vom „Fetischismus des Geldes“ wäre nur oberflächlich verstanden, wenn es bei ihr lediglich um Geld als Tauschmittel und den ethisch korrekten Umgang mit ihm ginge. Der Papst geht jedoch davon aus, dass „das gesellschaftliche und wirtschaftliche System an der Wurzel ungerecht ist“. Wenn der „Fetischismus des Geldes“ von dieser Wurzel her gesehen wird, muss er als gesellschaftliches Verhältnis begriffen werden: Unter Einsatz von Kapital werden durch Verausgabung von Arbeit Waren produziert, in denen Wert (und Mehrwert) vergegenständlicht ist. Im Tausch werden sie wieder in Geld zurückverwandelt. Der einzige Zweck der Veranstaltung ist die Vermehrung von Geld. Im Geld und seiner Vermehrung kommt der abstrakte und irrationale Selbstzweck des Kapitalismus zum Ausdruck. Sich diesem Selbstzweck zu unterwerfen, das konkrete Leben und die Befriedigung konkreter Bedürfnisse davon abhängig zu machen und ihm zu opfern, wäre der Fetischismus des Geldes, die Wurzel des ungerechten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems. Die Unterwerfung des konkreten Lebens unter den abstrakten Selbstzweck der Vermehrung von Geld macht den Kapitalismus zu einem System, das tötet. Das wäre aber keine „neue

Vergötterung des Geldes“, sondern eine Vergötterung, die mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden ist.

Die katastrophalen Dimensionen dieser Wirtschafts- und Lebensweise werden in der Krise des Kapitalismus immer offensichtlicher. Menschen werden zum „Müll“, zum „Abfall“, wenn sie für die Verwertung des Kapitals überflüssig sind. So tritt eine Situation ein, in der es zum Privileg wird, seine Arbeitskraft - auch unter prekärsten Bedingungen - ausbeuten zu lassen. So leiden viele unter ihrer Arbeit und andere darunter, dass sie arbeitslos sind. Geschuldet ist dies dem Zwang zur Produktivität. Konkurrenzfähig ist nur, wer auf möglichst hohem technologischem Niveau produziert. Dies zwingt zur Reduzierung und Verbilligung von Arbeit. Mit der Reduzierung von Arbeit schwindet zugleich die für die Vermehrung von Kapital notwendige Substanz des Werts. Je mehr der Verwertungsprozess durch die in der Konkurrenz erzwungene Entsorgung von Arbeit in die Krise gerät, desto mehr greifen Ausgrenzung und repressive Maßnahmen gegen die Ausgegrenzten um sich. Auch die Flucht auf die Finanzmärkte bietet keinen Ausweg aus der Krise. Sie ist lediglich als verzweifelter Versuch zu verstehen, ohne Arbeit Geld nur durch den Handel mit Finanzpapieren zu vermehren – um den Preis, dass sich Wert und Geld entkoppeln und so die entsprechenden Blasen bilden, die beim Platzen die eh schon verschuldeten Staaten in den Ruin treiben und von Menschen immer neue Opfer fordern.

Ein Fetisch kann nicht dienen!

„Die Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht“ ist dann als die von der Politik betriebene Unterwerfung unter die vermeintlich alternativlosen Sachzwänge der Kapitalverwertung zu verstehen. Mit der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus werden Gestaltungsspielräume immer enger. Zum Scheitern verurteilt sind letztlich alle Versuche, die auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung abstrakten Reichtums ausgerichtete Marktwirtschaft ethisch zu bändigen. Der Selbstzweck der Marktwirtschaft, d.h. der Fetischismus des Geldes, der über die durch die Konkurrenz vermittelten Sachzwänge die Gesellschaft beherrscht, lässt sich weder durch Individualethik für Unternehmer regulieren noch per Gesetz auf „Gemeinwohl“ hin umprogrammieren. Deshalb greift auch der Papst zu kurz, wenn er sagt: „Das Geld muss dienen und nicht regieren!“ Wenn das Geld Ausdruck des Fetischs ist, kann es nicht dienen. Ihm muss vielmehr gedient werden. Ein Fetisch, der nichts anderes als Selbstzweck ist und sein kann, lässt sich eben nicht anderen Zwecken dienstbar machen. Er kann nur überwunden werden.

Zum Dienst gegenüber dem Fetisch gehören Opfer. Für den Kapitalismus sind sowohl Menschenopfer als auch Schulden konstitutiv. In der Krise haben auch die letzteren ein Ausmaß erreicht, das von realer

Wertschöpfung nicht mehr abgetragen werden kann. Da aber der Fetisch als Wurzel der Probleme nicht angetastet werden darf, müssen immer neue Opfer gebracht werden – und das ohne jede Aussicht auf (Er-)Lösung aus Schuld und Schulden. Bereits Walter Benjamin hatte den Kapitalismus als „verschuldenden Kultus“ beschrieben, in dem es keine Entsühnung gibt. Deshalb gehört zu ihm das „Aushalten bis zum Ende“ ebenso wie der „Weltzustand der Verzweiflung“. Was das für das Leben der Menschen bedeutet, lässt sich in den verschuldeten Ländern sehen. Obwohl Schuldenberge nicht abgearbeitet werden können, soll das Unmögliche erzwungen werden – durch Sparen ebenso wie durch eine immer härter und prekärer organisierte Lohnarbeit.

Die Fetischismuskritik des Papstes weitertreiben!

Im Blick auf die Weiterentwicklung der päpstlichen Kapitalismuskritik wäre zunächst einmal denen zu widersprechen, die mit der Verteidigung des Papstes eine Entschärfung seiner Aussagen verknüpfen. Vor allem aber käme es darauf an, die vom Papst angestoßene Fetischismuskritik so weiterzutreiben, dass der Fetisch von seiner Wurzel („radikal“) begriffen wird. Dies könnte so manche politische Forderungen als kurzschlüssig und Alternativkonzepte als illusionär erkennbar machen, vor blindem Aktionismus bewahren und Horizonte eines Handelns sichtbar werden lassen, das auf die emanzipatorische Überwindung des Fetischs zielt. In diesem Sinne zu Verstand gekommene Menschen dürften nicht mehr bereit sein, das Leben dem irrationalen Selbstzweck des Kapitalfetischs zu opfern, sondern sich eher von Wegen der Befreiung inspirieren lassen, zu denen Israels Gott und sein Messias einladen.

Heribert Böttcher

Leben statt Zerstörung Zur Notwendigkeit einer Ökumenischen Versammlung

I. Vorbemerkungen – Zeit für ein klares Wort

Im ökumenisch-konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben die Kirchen seit Anfang der 1980er Jahre die Überlebensfragen der Menschheit zu ihren eigenen gemacht. Damit verbunden war ein Verständnis von Ökumene, das in der Einheit der Kirchen ein Zeichen für die Einheit der Menschheit verstand. Ein solches Verständnis von Ökumene ist nicht denkbar mit dem Rücken zu den Überlebensfragen der Menschheit. Insofern gehören diese konstitutiv zum Kirche-Sein. Inzwischen haben sie an Dramatik weiter zugenommen, während die Kirchen sich eher dem Kampf um ihre eigene Zukunft zuwenden: Sie suchen sie in Strategien marktkonformer Selbstbehauptung. Die Zeit ist reif, die Fragen des konziliaren Prozesses neu

aufzugreifen, sowohl im Blick auf die sich zuspitzende gesellschaftliche Krisen- und Zerstörungsdynamik als auch im Blick auf die Rolle der Kirchen.

Viele Tagungen, Konferenzen und Publikationen haben sich in den letzten Jahren mit Einzelphänomenen (Landraub, Arbeitsrechtsverletzungen, Rohstoffausbeutung, Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit, etc.) beschäftigt, moralische Appelle lanciert oder im Detail kenntnisreich, aber ohne Blick auf das gesellschaftliche Ganze argumentiert. Die Ökumenische Versammlung will diese Aspekte zu einer Kritik zusammenführen, in der die Phänomene der Zerstörung in Verbindung gesehen werden mit der durch den Kapitalismus bestimmten gesellschaftlichen Totalität. Dies bedeutet für die Ökumenische Versammlung, dass sie den Mut zu einer radikalen Kritik des Kapitalismus aufbringen und Alternativansätze daran messen müsste, ob sie in der Lage sind, eine Alternative zum Kapitalismus als gesellschaftlichem Zusammenhang zu ermöglichen. Zudem soll sie offen sein, wichtige systemimmanente Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren, ohne deren Beschränktheit zu ignorieren und damit falsche Hoffnungen auf Problemlösungen zu wecken. Das Ausloten immanenter Handlungsmöglichkeiten kann ‚nur‘ die Aufgabe haben, Probleme von Menschen zu mindern.

II. Krise und Zerstörung

a. Phänomene, die wir wahrnehmen

Unübersehbar sind soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Krisen weltweit. Sie zeigen sich in Phänomenen wie einstürzenden Textilfabriken in Bangladesch, Landraub in Paraguay, menschenverachtender Ausbeutung verschiedener Rohstoffe in der Demokratischen Republik Kongo inklusive gewalttätiger Konflikte und Umweltzerstörung, Klimawandel, abnehmender biologischer Vielfalt, Unwetter mit katastrophalen Folgen, näher rückender Endlichkeit vieler natürlicher Ressourcen, einer steigenden Zahl kriegsähnlicher Auseinandersetzungen, Finanzkrisen, einer zementierten Ungleichheit des Geschlechterverhältnisses, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie nicht zuletzt in der Kluft zwischen arm und reich. Diese Krisen wären im Blick auf die gesellschaftliche und damit globale Totalität hin zu analysieren, die durch die Form der Warenproduktion bestimmt ist, die gegenwärtig an ihre immanenten Grenzen stößt. Den Krisenprozessen scheinen Menschen alternativlos ausgeliefert. Dies erfahren sie als Ohnmacht oder macht sie gar körperlich und seelisch krank. Der Druck zur Selbstbehauptung in der Konkurrenz wächst, droht doch die Gefahr, die eigene Arbeitskraft nicht mehr oder nur noch prekär verwerten zu können und so ‚überflüssig‘ zu werden. Persönliche und individuelle Handlungsspielräume schwinden. Eine Lebensperspektive scheint ganz der betriebswirtschaftlichen Logik entsprechend – individuell und

gesellschaftlich – in der Anpassung an die nicht hinterfragten kapitalistischen Rahmenbedingungen zu liegen. Mit dem Druck der Verhältnisse wächst der Druck zur Anpassung, gar zum Verschmelzen mit der Gesellschaft, die in einem inneren Zusammenhang mit all den Krisen steht. Selbst diejenigen, die sich kritisch mit der erfahrbaren Krisen- und Zerstörungsdynamik des Kapitalismus auseinandersetzen, suchen oft Alternativen im Kapitalismus statt zum Kapitalismus. Die Affirmation des Kapitalismus und seiner Kategorien scheint Voraussetzung zu sein, um öffentlich Gehör zu finden. Die den Kapitalismus konstituierenden Kategorien scheinen so sehr Bewusstsein und Haltungen von Menschen zu bestimmen, dass Kapitalismus nicht nur mit einem politischen, sondern auch mit einem inneren Tabu belegt ist.

b. Krise und Zerstörung als Dynamik des Kapitalismus begreifen

Für die ökumenische Bewegung wäre es eine wichtige Herausforderung, die Krisen- und Zerstörungsprozesse als Phänomene der Krisen- und Zerstörungsdynamik des Kapitalismus zu begreifen. Dabei ist es nötig, sich mit dem auseinanderzusetzen, was der Kapitalismus im Kern ist: ein System der Produktion von Waren zu dem Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Die Produktion dient also nicht dem Zweck, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern dem abstrakten Selbstzweck der Verwertung des Kapitals. Diesem Selbstzweck ist der Wachstumszwang inhärent, so dass eine Kritik des Wachstums ohne Kritik des Kapitalismus als Ganzem ins Leere läuft. Dass der Kapitalismus auf ökologische Grenzen stößt, ist wesentlicher Teil der Krise, die wir gegenwärtig erleben. Grundlage der Warenproduktion ist die Veräußerung von menschlicher Arbeit. Sie bildet den Wert, der in Waren vergegenständlicht ist. Dies ist jedoch nur möglich unter einer Voraussetzung aller Tätigkeiten, die der Reproduktion dienen d.h. dem Erziehen von Kindern, Haushaltstätigkeiten, Pflege von Kranken und Alten etc. Reproduktion ist ein vom Wert abgespaltener Bereich und dennoch eine oft nicht reflektierte Voraussetzung für die kapitalistische Gesellschaftsformation. Wert und Abspaltung stehen in einer dialektischen gleich ursprünglichen Beziehung. Die abgespaltene Reproduktion ist weiblich konnotiert und geht mit einer strukturellen Abwertung des Weiblichen einher: Bestimmte minderwertig bewertete Eigenschaften wie Emotionalität, Sinnlichkeit, Charakter- und Verstandesschwäche werden in ‚die Frau‘ projiziert und vom männlichen Subjekt abgespalten, das sich als stark, durchsetzungsfähig, leistungsfähig usw. darstellt.

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist im Kern dadurch charakterisiert, dass aufgrund des von der Konkurrenz erzwungenen Produktivitätsfortschritts eine Warenproduktion möglich wird, in der die menschliche Arbeit als Substanz des Kapitals überflüssig wird. Dies zwingt zu einer Warenproduktion, die den Wertverlust durch größere Massen an

Waren zu kompensieren sucht. Das damit steigende Wachstum erfordert steigenden Verbrauch von Ressourcen und impliziert nachhaltige Schädigungen der Umwelt. Aber auch die Grenzen dieser Strategie sind angesichts der Begrenztheit von Märkten und schwindender Kaufkraft auf der einen sowie Verteuerung der Produktion durch Verwissenschaftlichung der Produktion auf der anderen Seite sichtbar geworden. Infolge der mikroelektronischen Revolution (Computerisierung) kann der Verlust an Wertschöpfung durch das Verschwinden von Arbeit durch Ausweitung der Produktion nicht mehr kompensiert werden. Der Kapitalismus ist zwar in der Lage, Unmengen an stofflichen Reichtümern zu produzieren. Diese können aber nicht mehr in Geld verwandelt werden. Was im Kapitalismus aber zählt, ist nicht stofflicher Reichtum zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern Reichtum in der Wertform, d.h. Warenreichtum, der sich in Geld verwandeln lässt. Aufgrund des Schwindens der Arbeit als Substanz des Werts erreicht der Kapitalismus die Grenzen seiner Reproduktionsmöglichkeiten. Infrastruktur, Bildung, Verwissenschaftlichung der Produktion, Systeme sozialer Sicherheit etc. sind von der schwindenden Wertschöpfung kaum mehr zu finanzieren. Einen kompensatorischen Ausweg schien der Finanzkapitalismus zu bieten, mit dem es zu gelingen schien, ohne Umweg über den Wertschöpfungsprozess durch den Handel mit Finanztiteln Geld zu vermehren. Das Platzen von Blasen mit katastrophalen Auswirkungen ist die zwangsläufige Konsequenz. Die Ausweglosigkeit der Politik zeigt sich in dem Dilemma von Sparzwängen, die die Konjunktur abwürgen, und der Notwendigkeit von Ausgaben zur Rettung der Konjunktur. Im Rahmen der dem Kapitalismus immanenten Krise wird die Politik zur Krisenverwaltung des Kapitalismus, die dabei unter dem Zwang steht, zu immer rigideren und repressiveren Maßnahmen zu greifen, um den Funktionszusammenhang des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Die Maßnahmen der Krisenverwaltung reichen von Sozialabbau und Sparmaßnahmen über zunehmende Überwachung im Inland bis hin zu Kriegseinsätzen im Interesse der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und der Funktionsfähigkeit des weltweiten Krisenkapitalismus.

Mit dem Schwinden der Wertschöpfung gerät auch der Bereich der abgespaltenen Reproduktion in die Krise. Für die Reproduktion nötige Tätigkeiten sind immer schwerer aus der Wertschöpfung zu finanzieren. Frauen, die in Beruf und Haushalt doppelt vergesellschaftet sind, sind vor allem den mit der Krise verbundenen Lasten ausgesetzt. Aber auch ohne Beruf sind es vor allem Frauen, die mit der Bewältigung der Krisen konfrontiert sind. Nicht zuletzt scheint sich auch in wirtschaftlichen und politischen Bereichen ein entsprechender Trend abzuzeichnen: Je schärfer und auswegloser sich die Krise zeigt, umso mehr scheinen Frauen gefordert, sie zu ‚managen‘ bzw. zu verwalten.

Ob es Lösungen für die Krisen, die das Leben von Menschen zerstören, geben kann, hängt nicht vom guten oder schlechten Willen der Akteure

ab, sondern davon, ob es gelingen kann, die tödliche Logik des Kapitalismus – geprägt durch die Verwertung des Werts als abstraktem Selbstzweck und der Abspaltung des weiblich konnotierten Bereichs der Reproduktion – durch eine Gesellschaft zu überwinden, die nicht dem irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Kapital, sondern dem Leben dient. Der gesellschaftliche Zusammenhang, den der Kapitalismus konstituiert, ist als ‚abstrakte Herrschaft‘ zu verstehen, der die Handelnden unterworfen sind. Ihr wirtschaftliches und politisches Handeln muss mit dem Selbstzweck der Verwertung von Kapital in Übereinstimmung gebracht werden. Im Rahmen der Spielräume, die der Verwertungsprozess lässt, können diese für Alternativen im Kapitalismus genutzt werden. Da aber der Verwertungsprozess nicht nur logisch, sondern jetzt auch historisch auf seine Grenzen stößt, schwinden Spielräume für Reformen. Der Kapitalismus war immer schon ein System, das Menschen und Natur seinem abstrakten und irrationalen Selbstzweck der Produktion abstrakten Reichtums unterworfen hat. Er schien aber Spielräume für immanente Veränderungen im Interesse von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu eröffnen. Die Reflexion der Krise des Kapitalismus zwingt aber nun zu der Einsicht, dass es Alternativen nicht mehr im Kapitalismus, sondern nur noch zum Kapitalismus geben kann.

Die Erkenntnis, dass Alternativen zum Kapitalismus notwendig sind, wenn Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eine Chance haben sollen, ist umso dringlicher als die Gefahr besteht, die mit dem Kapitalismus verbundenen Krisenerfahrungen rassistisch, antisemitisch und antiziganistisch zu ‚verarbeiten‘. Charakteristisch ist, dass solche Verarbeitungsweisen sich entlang der Grenze von Arbeit und Nicht-Arbeit etablieren. Abgewertet werden diejenigen, die angeblich nicht arbeiten wollen und sich als ‚Arbeitscheue‘ dem Verwertungsprozess verweigern. Bedrohlich erscheinen diejenigen, die zu Geld und Macht kommen, ohne dafür zu arbeiten. Ohne kritische Reflexion der gesellschaftlichen Zusammenhänge der Krisen- und Zerstörungsprozesse drohen Personalisierungen und Zuschreibungen an Menschengruppen, letztlich eine Barbarisierung im Krieg aller gegen alle.

III. Zur Rolle der Kirchen und was die Ökumenische Versammlung leisten sollte

Von ihrem Selbstverständnis her wäre es Aufgabe der Kirchen, Gott und den Menschen zu dienen. Stattdessen scheinen sie gegenwärtig eher darauf bedacht, ihr eigenes Überleben zu sichern. Statt sich analysierend mit der Krise auseinander zu setzen, die Menschen erleben und bis in den Tod erleiden, widerstehen sie nicht der Versuchung, sich selbst auf den Märkten von Religion und Spiritualität durch entlastende Angebote zu sichern. ‚Religion‘ soll als Wellness erfahren und im religiösen

Event erlebt werden. Damit scheinen die Kirchen verlorenes Terrain marktkonform zurück erobern zu wollen. Solchen Interessen laufen kritische Einsichten in die Krisenzusammenhänge entgegen. Diese würden den kompensatorischen Charakter der neuen Trost- und Vertröstungsspiritualitäten religionskritisch offen legen.

Für die Kirchen käme es jedoch darauf an, sich statt den Mechanismen einer marktförmigen Religion ihrer eigenen Tradition ‚anzupassen‘. Sie ist geprägt vom Zusammenhang zwischen Gott und dem Schrei aus dem Sklavenhaus, zwischen Israels Gott und seinem gekreuzigten Messias, von der Unterscheidung zwischen dem Gott der Befreiung und den Götzen des Todes, die Anpassung und Unterwerfung fordern. Diese Unterscheidung wäre durchzubuchstabieren angesichts eines Kapitalismus, der sich als eine ‚Religion‘ inszeniert, bei der Transzendenz und Immanenz im kapitalistischen Verwertungszusammenhang verschmelzen (und so letztlich das Ende von Religion bedeutet). Das Verschmelzen von Transzendenz und Immanenz impliziert die ‚totale Dienstbereitschaft‘ gegenüber der abstrakten Herrschaft des Kapitalismus, das Opfer als Selbstzweck, das dem Verwertungsprozess darzubringen ist. Genau besehen wäre der Kapitalismus dann keine Religion, sondern das Ende der Religion. Gegenüber der Selbstabschließung und der Selbstimmunität des Kapitalismus könnte gerade die Gottestradiation, für die die Kirchen stehen, Horizonte der Befreiung eröffnen. Gott, von dem die Bibel erzählt, steht in Widerspruch zu geschlossenen ‚Totalitäten‘ wie Ägypten, wie Babylon, wie Rom. Er ist vor allem mit denen im Bund, die unter den Verhältnissen leiden und nach Wegen der Befreiung suchen. Die messianische Bewegung erkennt Israels Gott vor allem im Aufstand des Messias gegen die Verhältnisse von Gewalt und Unterdrückung sowie in Gottes Treue zum gekreuzigten Messias, die er in der Auferweckung des Gekreuzigten gezeigt hat. Sein Aufstand gegen Unrecht und Gewalt, gegen Leid und Tod wird zum Aufstand derer, die aus der Kraft seines Geistes sich einer Totalität widersetzen, die über Leichen geht und die gesamte Schöpfung aufs Spiel setzt. In dieser Perspektive könnten Kirchen Gemeinschaften werden, die versuchen, samaritanisch denen beizustehen, die Opfer der Strukturen von Räuberei und Gewalt werden, prophetisch Zusammenhänge von Unrecht und Gewalt zur Sprache bringen, apokalyptisch empfindsam sind für die Zerstörungspotentiale des Krisenkapitalismus und sich – inspiriert von messianischer Hoffnung und kritischer Analyse – nicht abfinden mit der Welt, wie sie ist, sondern nach Möglichkeiten von Alternativen zum Kapitalismus Ausschau halten.

Kirchen sind jedoch kein monolithischer Block. Sie sind nicht nur durch ihre Nähe zur herrschenden Ökonomie und zum Staat bestimmt. In ihnen befinden sich auch Strömungen, die dieser Nähe unter Berufung auf die biblischen Traditionen sowie analytischen Einsichten widersprechen und ein anderes theologisches Denken in Verbindung mit

Ansätzen einer anderen Praxis lebendig werden lassen. Genau dies kann sich als innovativ für Prozesse in den Kirchen als Großinstitutionen erweisen. Vor diesem Hintergrund käme es bei einer Ökumenischen Versammlung darauf an:

- sich von neuem mit dem Leiden von Menschen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen auseinander zu setzen,
- die Leidens- und Zerstörungsdynamik im Kontext der Krise des Kapitalismus zu reflektieren,
- einzutauchen in die biblischen Traditionen der Befreiung,
- im Sinne des Processus Confessionis das Verhältnis der Kirchen zum Kapitalismus als Bekenntnisfrage zu begreifen,
- die Notwendigkeit von Alternativen zum Kapitalismus zu erkennen und deutlich zu machen,
- die Suche nach Exit-Strategien und Alternativen mit der Frage nach dem, was denn den Zusammenhang einer neuen Gesellschaft bilden muss, zu beginnen,
- nach Strategien für Menschen zu suchen, die von der Krise des Kapitalismus bedroht sind.

Mainzer Botschaft der Ökumenischen Versammlung 2014 „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Die Bistumsstelle Trier wird auf ihrer Versammlung im September, wie sie die Herausforderung dieser Botschaft aufnehmen und was sie zum Wandel beitragen kann.

Der seit Jahrzehnten stattfindende ökumenische Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ findet einen Ausdruck in einer Reihe Ökumenischer Versammlungen. Durch den jüngsten Aufruf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Busan 2013 zu einem auf sieben Jahre angesetzten „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ ermutigt, fanden sich über 500 engagierte Menschen aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und anderen Ländern (u.a. Ukraine), darunter viele Expertinnen und Experten, in Mainz vom 30. April bis 04. Mai 2014 zusammen. In vielen Workshops, Vorträgen, Open Space-Phasen und Diskussionsforen beschäftigten wir uns mit den aktuellen Problemen unserer kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise. Mit Papst Franziskus sind wir der Meinung: „Diese Wirtschaft tötet.“ Wir suchen eine „Ökonomie des Lebens“.

Aspekte von Gerechtigkeit heute

Menschen sind noch immer den Zwängen der Ungleichheit und des Hungers ausgesetzt, obwohl genug für alle da ist. Deshalb setzen wir uns ein:

- für eine weltweite solidarische Sicherung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen
- für die Angleichung von Einkommen und Vermögen
- für einen für die heutige und zukünftige Generation gerechten Zugang zu den Ressourcen
- für eine Geldschöpfung in öffentlicher Hand nach demokratisch gefassten Regeln

Aspekte von Frieden heute

Menschen befinden sich in einer zerstörerischen Spirale der Gewalt, wie sie mit sich und anderen umgehen.

Deshalb setzen wir uns ein:

- für einen sofortigen Stopp von Rüstungsexporten
- für einen Militärausstieg in Schritten
- für die Anerkennung von gewaltfreier Kommunikation und ziviler Konfliktbearbeitung als Lebensmaxime

Aspekte der Bewahrung der Schöpfung heute

Die Menschen, die sich als „Krone der Schöpfung“ verstanden haben, sind zur Krone der Erschöpfung der Welt geworden. Deshalb setzen wir uns ein:

- für die Abkehr vom Wachstumsdogma
- für das Ende der Ausbeutung der Mitwelt (Natur und Mensch)
- für Anerkennung der ökologischen Vielfalt der Kulturen

Darum ist eine große, gemeinsame Transformation notwendig.

Im Folgenden werden die Aspekte noch weiter ausgeführt.

„Niemand kann zwei Herren dienen...

Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon.“ (Mt 6,24)

Wir, als ökumenisch-christliche Basisbewegung, stehen vor einer solchen Entscheidungssituation, die Jesus hier vor 2000 Jahren zum Ausdruck gebracht hat. Die zeitgemäße Übersetzung des aramäischen Wortes Mammon heißt „Kapital“. Der entscheidende Zeitpunkt (Kairos) für eine grundlegende Einsicht zu einem bewussten Handeln ist gekommen. Das aktuelle Zivilisationsmodell steht sozial, ökologisch und ökonomisch grundsätzlich in Frage. Frühe jüdische Propheten, Vertreter anderer Weltreligionen und Jesus von Nazareth traten öffentlich auf – so auch wir, weil Gerechtigkeit, Frieden und Ablassen von der Schöpfungszerstörung Anliegen der Menschen- Gemeinschaft sind.

Vision (via positiva)

Die Ökumene ist ein lebendiger Prozess in der Welt. Sie findet ihren Ausdruck in vielfältigen lokalen, regionalen und internationalen Gruppen. Trotz zunehmender Krisen der letzten 30 Jahre und trotz des Mantras der Alternativlosigkeit, das uns die regierungsamtliche Politik einreden will, arbeiten wir weiter, ermutigt und gestärkt durch die Kraft Gottes. Die Vision vom *Reich Gottes* und die Lebensmaximen von *Schalom*, *Buen Vivir*, *Sangsaeng*, *Humanitas* und *Ubuntu* geben uns eine Vorstellung von dem, was wir uns für die Welt wünschen.

Skandal (via negativa)

Häufig fehlt uns die Rückendeckung von den offiziellen Kirchenleitungen. Auf internationaler Ebene werden von Versammlung zu Versammlung die Kritik an der bestehenden Situation vertieft und Alternativvorschläge erarbeitet. Trotz allen Wissens spielen sie aber im Alltag leider nur eine untergeordnete Rolle.

Der aktuellen gemeinsamen Sozialinitiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutsche Bischofskonferenz widersprechen wir deshalb in ihrer Akzeptanz eines neoliberalen Sozialstaats mit ökologischem Anstrich. Wir sagen: Unser derzeitiges Wohlstandsmodell und unsere Wirtschaftsordnung sind ethisch und ökologisch nicht akzeptabel.

Das ganze Leben wird von einer kapitalistische Anhäufungs- und Wachstums-Logik beherrscht, die zur „Staatsreligion“ geworden ist. Diese beherrscht unseren Alltagsverstand. Zwar erkennen viele, dass wir Nutznießer des Systems sind, aber wir lassen uns immer noch benutzen, dieses System bereitwillig oder gedankenlos zu legitimieren. Wir machen uns dabei eines Verbrechens gegenüber einem Großteil der Menschheit schuldig. Dieses Verbrechen hat viele Gesichter: Ausbeutung und Missbrauch unserer Mitwelt, soziale Gegensätze (wie z.B. einerseits Hungertote, andererseits Lebensmittelvernichtung), Ausgrenzungsmechanismen, Abwehr schutzsuchender Flüchtlinge („Festung Europa“), Rüstungsproduktion und bewaffnete Konflikte auch für wirtschaftliches Wachstum, die mit unserem Steuergeld finanziert werden.

Herausforderung und Wandel (via transformativa)

Was können Kirchen tun?

Wie wichtig eine Bündelung der Alternativen gerade auch im kirchlichen Bereich ist, haben uns diese Tage wieder eindrücklich vor Augen geführt. Der Realität eines „Guten Lebens“ von Wenigen muss die Realität eines „Gutes Zusammenleben“ aller Menschen entgegengestellt werden. Dafür sollte die Ökumene die Transformation auf sozialer, ökologischer, ökonomischer und politischer Ebene voranbringen. Wir können dabei auf unsere Fülle an biblischen Überlieferungen, aber auch

anderer Philosophien und Religionen zurückgreifen. Das tätige Mitgefühl für die Mitmenschen, die Ehrfurcht vor dem Leben, die Bewahrung und Heilung der Schöpfung, die Gewaltfreiheit, das sind Handlungsansätze für uns, die für eine radikale Veränderung des derzeitigen Zivilisationsmodells sorgen können. Die gestörten Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Menschen und Natur, zwischen Vergangenheit und Zukunft, sind nicht durch eine Entwicklung zu überwinden, die die Spaltungen vertieft, sondern im gemeinsamen Schaffen einer weltumspannenden Gesellschaft des „Guten Zusammenlebens“.

Kirchengemeinden können Orte der Transformation werden, Werkstätten für soziale, ökologische und gewaltüberwindende neue Wege. Die Pilger auf dem Lernweg der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung brauchen diese Orte der Einkehr und des Ausprobierens. Wir alle sind deshalb zu Aufbauprojekten, die sich am paulinischen Begriff der "oikodome" inspirieren, aufgerufen, denn jeder Hausbau und Wegabschnitt ist nur gemeinsam zu bewältigen. Wir sind zurzeit auf so einem wichtigen Abschnitt, der *via transformativa*. Gehen und gestalten wir ihn in der Gesellschaft!

Was kann Zivilgesellschaft tun?

Wir lehnen die derzeitige „marktkonforme Demokratie“ ab, stattdessen wollen wir eine demokratiekonforme Wirtschaftsweise und das Abschaffen jeglicher oligarchischer Strukturen. Wir brauchen Verfassungskonformität der Wirtschaft. In unseren Verfassungen sind Kooperation und Gemeinwohl und nicht Konkurrenz, Ausbeutung und profitorientierte Bereicherung festgeschrieben.

In der solidarischen Ökonomie finden sich die beiden Prinzipien „Kooperation statt Konkurrenz“ und „Sinn statt Gewinn“. Diese erweitert um die Ideen einer gemeinwohlorientierten Ökonomie münden in konkreten politischen Forderungen. Die derzeitige private Geldschöpfung muss in die öffentliche Hand mit demokratisch gefassten Regeln übernommen werden. Jeder Kredit soll an seiner Gemeinwohlorientierung überprüft werden, damit koppelt man die Geldmenge an den Fortschritt einer solidarischen, gemeinwohlorientierten Ökonomie. Das biblische Zins-Verbot und die prophetische Anklage von Nahrungsmittelspekulation sind als konkrete Forderungen zu beachten. Als weitere konkrete Forderung auf dem Weg ist die Befreiung jedes Menschen auf der Welt aus den Zwängen von Hunger, Krankheit und fehlender Entfaltungsmöglichkeit zu nennen.

Daher ist eine solidarische weltweite Grundsicherung umzusetzen. Diese beinhaltet den Zugang zu Nahrungsmittel, Trinkwasser, Wohnraum, Gesundheitsfürsorge, Bildungseinrichtungen und regionaler Mobilität als Gemeingüter für jeden Menschen. Sie wird durch die Gründung lokaler

und regionaler, profitfreier Kooperativen ermöglicht, wie bereits weltweite Beispiele zeigen. Eine solche kann auch die Kirchengemeinde vor Ort sein. Den Illusionen der kapitalistischen Ökonomie wird damit eine konkrete Alternative entgegengestellt. Diese dezentral verwaltete solidarische Ökonomie kann neben der Ernährungssouveränität auch die Energiesouveränität durch erneuerbare und nachhaltige Energien erreichen. Vor allem im Hinblick auf die CO₂-Reduzierung auf 2 t pro Person pro Jahr und dem 2 Grad-Ziel sind Energiesuffizienz (verantwortungsvoller Verbrauch) und Energiesubsistenz (Selbsterzeugung) wichtig. Daher ist auch eine industrielle Abrüstung vonnöten.

Wir lehnen die aktuell diskutierten transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) gerade auch vor diesem Hintergrund ab. Sie müssen durch einen breiten und starken zivilgesellschaftlichen Protest und Lobbyarbeit verhindert werden, da sie all die erreichten und noch angestrebten Standards einer Wirtschaft im Dienst des Lebens aushebeln würden. Wir unterstützen daher die zivilgesellschaftlichen Kampagnen, u.a. des Bündnisses „Unfairhandelbar“, die dazu aufrufen, die Europa-Wahl zur Entscheidung gegen das TTIP und CETA zu nutzen. Wir brauchen Strukturen, die faires Handeln wirklich ermöglichen und die sich an ökologischen, sozialen und friedensfördernden Bedingungen messen lassen müssen. Wir regen an, dass das Ökumenische Netz in Deutschland einlädt zu einer Strategiekonferenz mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und allen Initiativen, die sich für die große Transformation der Gesellschaft einsetzen.

Entschieden widersprechen wir dem militärischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland und aller anderen Länder. Aus dem Teilnehmerkreis der Ökumenischen Versammlung wurde eine Idee einer Arbeitsgruppe eingebracht, die sich aus Fachleuten der Zivilen Konfliktbearbeitung, des Entwicklungsdienstes, von Organisationen der alternativen Ökonomie und Ökologie und der Friedensbewegung zusammensetzen soll. Aufgabe wäre ein Konzept für den Militärausstieg - Friedenssicherung und Schutzverantwortung ohne Militär - zu erarbeiten. Dieses wird zur öffentlichen Diskussion gestellt. Die Ächtung der Drohung und Anwendung von militärischer Gewalt in Konflikten ist die Voraussetzung, dass internationale völkerrechtliche Vereinbarungen zum Schutz des Weltklimas und einer fairen Weltwirtschaft endlich zu Stande kommen. Zudem ist es notwendig für die überfällige Beendigung der skandalösen Rüstungsforschung, -produktion und -export. Die technologische Entwicklung hat einen Stand erreicht, der die umfassende Überwachung ermöglicht. Durch die Enthüllungen bezüglich NSA und anderer Geheimdienste ist bekannt, dass diese Möglichkeiten auch genutzt werden. Wir lehnen jegliche Art der Überwachung ab und fordern den Schutz der Privatsphäre.

Die universale Achtung der Menschenrechte lässt keinen Raum für ihre Einschränkung oder Nichtbeachtung. Menschenrechtsverletzungen müssen benannt, zur Anklage gebracht und bestraft werden, von wem und an wem auch immer sie begangen werden. Fraglos ist es für das Überleben der Menschheit elementar, dass wir unseren Kindern und Enkeln ermöglichen, dass sie das, was sie beim Eintritt in diese Welt mitbringen, weiter entfalten können: ihr urwüchsiges Vertrauen, ihre Neugierde auf die Welt, ihre Freude und Kreativität. Der Wandel von Lebenseinstellungen in unserer Kultur, zu der auch das Bildungswesen gehört, vollzieht sich durch die Begegnung auf Augenhöhe, der Gleichwertigkeit der Meinungen und gegenseitiger Wertschätzung. Damit wird den Kindern der Raum geöffnet, Vielfalt stärker als Chance begreifen zu können. So können sie in achtsamem, vertrauens- und liebevollem Umgang miteinander zu Konsenslösungen kommen. Das ist die kulturelle Voraussetzung für friedlichen, Kriege ausschließenden, Umgang miteinander. So leben wir unsere Allverbundenheit in heilsamer Weise. Wir haben uns auf diesen Weg begeben und bitten dabei um die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich für das Überleben der Menschheit engagieren, und bieten allen diesen Kräften unsere Unterstützung an.

Was kann die/der Einzelne tun?

Die Frage des „Genug“ ist eine sehr persönlich zu beantwortende Frage. Deswegen haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung eine konkrete Selbstverpflichtung verfasst.

Selbstverpflichtung:

Hiermit verpflichte ich mich,

zu einem persönlichen Aufbruch. Ich will am sieben Jahre langen Pilgerweg der Ökumene zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung teilnehmen. Ich verpflichte mich daher:

- einen Lebensstil anzustreben, der ein „Gutes Zusammenleben“ aller Menschen ermöglicht
- Gemeingüter wie Wasser, Land und Luft zu schützen.
- mir Wissen anzueignen, dieses mit anderen zu teilen und dadurch Struktur-zusammenhänge (wie z.B. der Schere zwischen Arm und Reich und ungleich verteilte Ressourcennutzung) zu erkennen und zu verändern
- zu einer Ökumene des Miteinanders aller Religionen und Weltanschauungen gegen Intoleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- zu größerer Wertschätzung von allen Formen von Arbeit
- zu einer Willkommenskultur für Schutzsuchende und Flüchtlinge

- zu einer Überprüfung des eigenen Konsumverhaltens und zum Teilen eigener finanzieller Mittel
- zu einer Weitergabe der oben genannten ethischen Lebensmaximen in der eigenen Familie und im engsten Umfeld.

Allein schaffen wir das nicht. Wir brauchen einander und wir brauchen den göttlichen Beistand auf unserem Weg der Transformation

Mit den Worten von Dorothee Sölle können wir beten:

Nicht du sollst meine probleme lösen
sondern ich deine gott der asylanten
nicht du sollst die hungrigen satt machen
sondern ich soll deine kinder behüten
vor dem terror der banken und militärs
nicht du sollst den flüchtligen raum
geben
sondern ich soll dich aufnehmen
schlecht versteckter gott der elenden

Du hast mich geträumt gott
wie ich den aufrechten gang übe
und niederknien lerne
schöner als ich jetzt bin
glücklicher als ich mich traue
freier als bei uns erlaubt
Hör nicht auf mich zu träumen gott
ich will nicht aufhören mich zu erinnern
dass ich dein baum bin
gepflanzt an den wasserbächen des lebens

Dorothee Sölle, Ich dein baum, in: Den Rhythmus des Lebens spüren, Freiburg.Br. 2001, 187.

Diese Ökumenische Versammlung erfordert eine Fortsetzung in 3-4 Jahren zur Überprüfung der eingegangenen Verpflichtungen und Vorhaben.

Ostermärsche 2014

Es folgen kurze Berichte von den diesjährigen Ostermärschen in Büchel und Saarbrücken. Zudem wird auf die Sommeraktion vom 02.-11.08. in Büchel mit einem Auszug aus dem Kampagne-Flyer hingewiesen.

Rund 350 Menschen haben am Samstagmorgen am Ostermarsch in der Saarbrücker Innenstadt teilgenommen. Sie haben in diesem Jahr unter anderem für eine Deeskalation in der Ukraine geworben.

Der Ostermarsch in Saarbrücken ist eine von rund 80 Veranstaltungen, die das ganze Osterwochenende über in Deutschland stattfinden. 350 Teilnehmer gingen von der Johanneskirche zum St. Johanner Markt.

„Wir machen das jetzt seit über 50 Jahren. Für uns ist es eigentlich klar, dass wir in jedem Jahr diese Veranstaltung durchführen - weil die Frage

aktuell ist“, sagte Thomas Hagenhofer vom Friedensnetz Saar, dem Veranstalter des Saarbrücker Ostermarschs. Von dem eher geringen Zuspruch lässt er sich nicht beeindrucken: „Die Menschen sind unterschiedlich betroffen, das weiß man. Wir gehen davon aus, dass es darauf ankommt, immer wieder unsere Forderungen in die Gesellschaft zu stellen.“

Für friedliche Lösung in der Ukraine und gegen Kampfdrohnen

Mancher Teilnehmer des Ostermarschs zeigte sich dann aber doch enttäuscht: „Mit der Situation in der Ukraine steht fast ein Weltkrieg auf dem Plan. Da habe ich keine Erklärung, warum die Leute sich dafür nicht interessieren“, sagte einer der Demonstranten. Eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts ist auch eine zentrale Forderung bei den diesjährigen Veranstaltungen.

Außerdem setzen sich die Friedensaktivisten für eine Abschaffung von Kampfdrohnen ein. „Wir halten Drohneneinsätze für völkerrechtswidrig“, sagte Hagenhofer. In diesem Zusammenhang fordert die Bewegung Friedensnetz Saar auch, die Airbase Ramstein zu schließen.

FriedensNetz Saar

Ostermarsch in Büchel für eine atombombenfreie Welt - Stoppt das Bombengeschäft!

Am Ostermontag, den 21. April 2014 fand der diesjährige Ostermarsch am Fliegerhorst Büchel statt. Die Kundgebung begann um 15:00 Uhr in der Nähe des Haupttores am Fliegerhorst Büchel mit Alyn Ware (PNND, alternativer Friedensnobelpreis), Bernd Hahnfeld (IALANA), Frederik Holz (IPPNW), Anne Solbach-Freise (Stiftung Zivilcourage), einer Grußbotschaft von OB Klaus Jensen (Mayor for Peace Trier) und der Sängerin Blue Flower u.a.

Die vollständige, weltweite Abrüstung von Atombomben ist seit Herbst 2013 auf der Agenda mehrerer großer Organisationen:

- Die UN hat eine spezielle Arbeitsgruppe und den 26. September als Internationalen Tag für eine atomwaffenfreie Welt eingerichtet.
- Das Internationale Rote Kreuz hat einen 4-Jahresplan zur nuklearen Abrüstung entwickelt.
- Die Gemeinschaft der Nobelpreisträger hat bei ihrer Jahrestagung noch einmal festgestellt, dass Atombomben eine existenzielle

Verletzung von Menschenrechten darstellen und ihre Abschaffung eine wichtige Voraussetzung zum Überleben der Menschheit ist.

Dagegen hat die neue Bundesregierung die Abrüstung der letzten in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen nicht mehr in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen.

Stattdessen wird die Bündnisverpflichtung innerhalb der NATO bekräftigt und damit an der nuklearen Abschreckung willentlich festgehalten, was eine teure „Modernisierung“ der US-Atombomben einschließt. Mit dieser fragwürdigen Sicherheitspolitik hat ein neues Wettrüsten begonnen und die Gefahr eines neuen Kalten Krieges wird heraufbeschworen.

Wer nach dem Warum fragt, muss sich auch die Aktivitäten einiger Großbanken anschauen wie der Deutschen Bank, der Commerzbank oder der Allianzversicherung, die alle im Atombombengeschäft kräftig mitmischen.

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen

Sommercamp und (Blockade-) aktionen vom 2.-11.08. in Büchel

Mit unseren Aktionen fordern wir von „unserer“ Regierung die Durchsetzung des bedingungslosen Abzugs der dortigen US-Atomwaffen und die Unterlassung der geplanten Atomwaffen-Modernisierung des Typs B61-12, die aus der alten frei fallenden Atombombe sogar eine ferngelenkte Angriffswaffe macht. Gemeinsam mit den FriedensreiterInnen, LEBENSLAUTE und der AG Büchel aus dem Jugendnetzwerk für politische Aktion (JunepA) werden unter verschiedenen Mottos gestaltete Aktionen stattfinden. Wir laden hiermit Gruppen und Einzelpersonen zur Teilnahme daran – und zur Vorbereitung weiterer Blockaden und Aktionen – auf unser Aktionscamp ein. Gemeinsam mit der jährlichen Fastenaktion des Initiativkreises gegen Atomwaffen planen wir das Camp und unterstützen uns in unseren politischen Anliegen und unterschiedlichen Aktionsformen. Zeitgleich sind wir während der Hiroshima/Nagasaki tage (6. und 9. August) vernetzt mit den Fasten- und Blockadeaktionen in Paris/Frankreich und Großbritannien.

Politischer Hintergrund

Der „Trägerkreis Atomwaffen abschaffen“ hat mit rund 50 Organisationen (siehe auch GAAA) 2012 die Kampagne atomwaffenfrei.jetzt gestartet. Während der vorherigen Kampagne, die von 2007 bis 2012 unter dem Titel „unsere zukunft atomwaffenfrei“ lief, wurde 2009 von

der damaligen „schwarz-gelben“ Bundesregierung erstmals im Koalitionsvertrag erklärt, die Regierung werde sich dafür einsetzen, dass im Einvernehmen mit den NATO-Verbündeten die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden. Aber in der NATO gab es dazu keinen Konsens, sondern im Gegenteil einen Beschluss zur Modernisierung aller US-Atomwaffen in Europa.

D.h. die ca. 20 US-Atombomben bleiben bis auf weiteres in Deutschland, und zudem ist geplant, dass die schätzungsweise 180 US-Atomwaffen in Europa für etwa 10 Milliarden Dollar modernisiert werden. In den Jahren 2015 bis 2018 kommen auf uns SteuerzahlerInnen allein 250 Millionen Euro Kosten für die technische Aufrüstung des Trägerflugzeuges „Tornado“ zu, damit dieses - von Bundeswehr-Piloten gesteuert - die neue Bombe ins Ziel tragen kann, was sich „nukleare Teilhabe in der NATO“ nennt.

Im großen Bündnis haben wir gemeinsam mit LEBENSLAUTE letztes Jahr mit der 24-stündigen Musik-Vollblockade Druck auf Wahl und damit die neue Bundesregierung ausüben wollen, damit sie sich klar gegen die Umsetzung der Atomwaffen-Modernisierung und für den Abzug positioniert. Leider entschied die große Koalition „Schwarz-Rot“ in unverantwortlicher Weise, sich hinter den USA und der NATO zu verstecken und keine Eigeninitiative für die Abrüstung zu ergreifen.

Sie macht jetzt die Entscheidung über einen Abzug von erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland abhängig, wodurch sich die Gefahr eines Atomkrieges mit Russland noch weiter erhöht. Die Pläne der USA zur Modernisierung dieser Atombomben machten erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit Russland auch schon vor der sog. Krim-Krise unwahrscheinlich. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung sind sie umso gefährlicher.

Unser aktuelles Ziel ist es, anlässlich der nächsten Atomwaffen-Sperr-Vertrags Konferenz (NPT) der UN im Mai 2015 in New York noch mal Druck auf unsere Regierung für den Abzug zu machen! Wir wollen in der jetzigen Kampagnen-Lobbyarbeitsphase „Last Exit New York“ den Druck durch zivilen Ungehorsam zusätzlich erhöhen und damit dem Willen der Bevölkerung Ausdruck verleihen, die diesen - auch im juristischen Sinne - illegalen Zustand mehrheitlich ablehnt. Die sogenannte nukleare Teilhabe verstößt u. a. auch gegen den Atomwaffensperr-Vertrag, dem die Bundesrepublik als Nichtkernwaffenstaat 1968 beigetreten ist. Darin hat sie sich verpflichtet, Atomwaffen oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen.